

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Schriftführer:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dänisch 4196/4198



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin SW 61, Dönhofsplatz 6
Telefon: Capoline

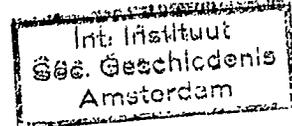
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abdruckung ohne Erlaubnis ist strafbar. (B. 111/112)

Berlin, den 8. Februar 1930

Der Shearer-Skandal.

(Von unserem Korrespondenten)



SPD. Washington, Ende Januar (Eig. Ber.)

Der denkwürdige Fall des amerikanischen Marinepropagandisten und Auftragsnehmers William B. Shearer hat vor der eigens eingesetzten Untersuchungskommission des Bundessenats ein unrühmliches Ende gefunden. Gegen Shearer war vor Monaten auf Betreiben des Präsidenten Hoover eine Untersuchung der Regierung eingeleitet worden, in deren Verlaufe sich überaus interessante Zusammenhänge zwischen diesem patriotischen Verfechter amerikanischer Seebelange und schwerindustrieller Interessen ergaben. Danach war Shearer ein ausserordentlich gut bezahlter Agent der führenden amerikanischen Schiffsbauer und hatte die besondere Aufgabe, in den Regierungskreisen und vor der Öffentlichkeit Amerikas auf Verstärkungen der amerikanischen Seestreitkräfte zu drängen. Er kam diesen Aufgaben auch mit seltenem Geschick nach und durfte sich vor der Senatskommission rühmen, das amerikanische 15-Kreuzer-Bauprogramm des Jahres 1928 dank seinen guten Beziehungen im Bundeskongresse durchgesetzt zu haben.

Wenn man den Zeugenaussagen vor der Regierungskommission glauben darf, ist auf das Konto dieses Shearer sogar das Aufliegen der Genfer Flottenabrustungskonferenz zu setzen, an der er als angeblicher amerikanischer Pressekorrespondent teilnahm. Hinter den Konferenztüren gelang es dem mit dem Brusttone der Überzeugung auftretenden Intriganten, auf die amerikanische Delegation entscheidenden Einfluss zu gewinnen und die Vertreter der beiden angelsächsischen Mächte so gegeneinander zu hetzen, dass an eine Rettung der Konferenz nicht zu denken war. Es tut not, angesichts der Londoner Abrüstungskonferenz an diese Dinge zu erinnern, die mit der Entlarvung eines Agenten wie Shearer noch lange nicht abgetan sind und unter dem Schutze der Schiffsbauinteressen immer wieder ihre fröhliche Wiederauferstehung feiern werden.

In den sensationellen Aufklärungen, die Shearer und seine schwerindustriellen Hintermänner auf Drängen des Senats vor der überraschten Öffentlichkeit gaben, drehte sich alles um ein angebliches britisches Geheimdokument, mit dem Shearers Schrei nach Flottenverstärkungen gerechtfertigt werden sollte. Das an den damaligen englischen Premier Lloyd George gerichtete Dokument stammte aus der Kriegszeit, hatte eine deutliche Spitze gegen die Vereinigten Staaten und erfüllte somit in idealer Weise Shearers Zweck, die Notwendigkeit amerikanischer Flottenausrüstungen - gegen England - überzeugend nachzuweisen. Dem Dokumente, dessen Kopie sich in den Händen der Untersuchungskommission befand, wurde eine Zeitlang in den amerikanischen Kreisen eine derartige Bedeutung beigemessen, dass die Kommission beim Eintreffen MacDonaldis auf amerikanischem Boden die Vertagung der Untersuchung beschloss, um einer eventuellen Auseinandersetzung zwischen den Regierungen Amerikas und Grossbritanniens vorzubeugen.

Nach all diesem hochpolitischen Kuddelmuddel mutet die Aufklärung des "Geheimdokuments" wie ein schlechter Witz an. Wie die Kommission unter dem Vorsitz des Senators Shortridge festgestellt hat, ist das Dokument ein öffentlich

ches Zirkular, dem keine Bedeutung zukommt und das vor Jahren in den Strassen New Yorks in Hunderttausenden von Exemplaren zum Preise von 5 cents erworben werden konnte. Dieses von dem hierlebenden irischen Führer Dr. William Maloney unter dem Titel "Die Wiedereroberung Amerikas" geschriebene politische Pamphlet erlebte im Jahre 1919 eine Gesamtauflage von 500 000 Exemplaren und fand wegen seiner bitteren politischen Satire unter der irischen Bevölkerung New Yorks besonderen Anklang. Später verfiel es wie zahlreiche ähnliche Pamphlete der Vergessenheit. Shearer, der angeblich im guten Glauben gehandelt haben will, holte es wieder hervor und benutzte es für seine privaten und patriotischen Zwecke, wobei nur erstaunlich ist, wie viele der grossen Industriekapitäne Amerikas auf den lächerlichen Schwindel hereingefallen sein wollen.

Die Tätigkeit der Senatskommission hat mit diesem Fiasko einen Abschluss erfahren, der zahlreiche Fragen unbeantwortet lässt. Das fühlt auch die Kommission. Sie hat deswegen zu einem Auswege gegriffen, der gerade im gegenwärtigen Momente eine gewisse Ironie nicht vermissen lässt. Der Kommissionbericht an den Senat wird eine Sonderklausel enthalten, in der sich die Kommission das ausdrückliche Recht vorbehält, die Untersuchung gegen Shearer wieder aufzunehmen, falls die Entwicklung der Londoner Flottenkonferenz einen derartigen Schritt notwendig machen sollte. Es liegt auf der Hand, dass dieser Vorbehalt, der nur ein Verlegenheitsprodukt ist, praktisch keine Bedeutung besitzt. Der Shearer-Skandal ist endgültig in der Versenkung verschwunden.

SPD. Die Zentrale der KPD, hat gegen den Reichskassierer der "Roten Hilfe" Schwaiger ein Parteiverfahren wegen "verantwortungsloser Geschäftsführung" eingeleitet. Oberster Ankläger ist der Reichstagsabgeordnete Dahlem, der auf Veranlassung Münzenbergs die Sache betreibt.

Die KPD-Opposition hat in der sogenannten Internationalen Hilfsvereinigung gegenüber der Roten Hilfe ein Konkurrenz-Unternehmen aufgezogen.

SPD. Jerusalem, 8. Februar (Eig. Bericht)

Die Anzeichen für eine Konsolidierung der palästinensischen Verhältnisse sind z. Zt. überholt. Stattdessen beginnen sich wieder Symptome für das Herannahen einer neuen Welle jüdisch-arabischer Störungen zu mehren. Das Land steht wieder unter dem Druck der gleichen nervösen Unruhe und Spannung wie vor den Augustunruhen. Zwar lassen sich wie damals auch gegenwärtig keine bestimmten Tatsachen für diese Behauptung anführen, aber die als unheilverkündendes Vorzeichen selten trügende "palästinensische Atmosphäre" ist zur Zeit wieder wie in den schlimmsten Tagen des August durchsetzt von aufregenden Gerüchten und findet ihren wenig erfreulichen Niederschlag in einer mit wachsender Intensität betriebenen Geheimpolitik der Engländer, der Juden wie der Araber.

Das bedenklichste Charakteristikum der Situation ist der Wirrwarr und die Planlosigkeit der englischen Verwaltung, die nach den Unruhen eher stärker als schwächer geworden ist. Sie ist im Wesentlichen auf die wachsenden Spannungen zurückzuführen, die sich in der arabischen Welt als Rückwirkungen der indischen Ereignisse bemerkbar machen. Die Tätigkeit der englischen Beamten besteht daher trotz des Ernstes der Situation grösstenteils im Abwarten der nächsten Ereignisse,

SPD. Die Frage, ob in den Etat für 1930 schliesslich doch noch eine grössere oder kleinere Rate für den Panzerkreuzer B eingesetzt wird oder nicht, spielt in der Öffentlichkeit immer noch eine gewisse Rolle. Wir haben demgegenüber schon einmal darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung nach unseren Erkundigungen an den zuständigen Stellen angesichts der kritischen Finanzlage des Reiches irgend eine Rate für den Panzerkreuzer B nicht bewilligen dürfte. Andererseits ist es nicht richtig, dass der Reichswehrminister von sich aus auch auf die Einsetzung einer Anerkennungsrate für den Bau des Panzerkreuzers in den neuen Etat bereits verzichtet hat. Das Kabinett hat sich bisher jedoch mit der Frage noch nicht befasst. Sollte es überhaupt dazu kommen, so kann über die Haltung der vier sozialdemokratischen Minister nicht der geringste Zweifel bestehen: sie werden angesichts der Not des Volkes unter allen Umständen jede Rate ablehnen.

SPD. Kulmbach, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend gegen 10 Uhr vormittags ereignete sich in dem oberfränkischen Städtchen Kulmbach in dem Haus, in dem die Familien Schubert und Popp wohnen, die in die Meussdörffer Affäre verwickelt sind, eine schwere Gasexplosion, der Frau Popp zum Opfer fiel. Die Explosion war ausserordentlich stark und zerstörte die ganze vordere Wand des Hauses, das von den Bewohnern inzwischen geräumt werden musste. Auch die angrenzenden Häuser sind stark beschädigt.

Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt. Man spricht von einem Selbstmordversuch der Frau Popp, doch steht dem entgegen, dass ein Stück Rohr der Gasleitung abgesägt gefunden wurde. Der Bruder des in Bayreuth im Gefängnis befindlichen Popp wurde unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet.

SPD. Stuttgart, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

In Württemberg ist z. Zt. ein heftiger politischer Kampf über die Vorlage zur Abänderung der Landessteuerordnung im Gange, die noch von der Regierung Bolz-Bazille im Landtag eingebracht wurde, für die aber jetzt mit Recht auch die Demokraten und die Deutsche Volkspartei verantwortlich gemacht werden, da sie der Regierung beigetreten sind, ohne auf der Zurückziehung oder Umarbeitung der Vorlage zu bestehen. Von der Vorlage werden fast sämtliche Gemeinden zu ihrem Nachteil betroffen.

Der Landesvorsitzende der deutschnationalen Partei und Finanzreferent der Stadt Stuttgart, Dr. Hirzel, bezeichnete die Vorlage der deutschnationalen Finanzminister dieser Tage als bewusst stadtfeindlich, warf der Regierung vor, dass sie die Öffentlichkeit fälschlich unterrichtete und es besonders darauf abgesehen habe, der Stadt Stuttgart wo immer es gehe Hindernisse zu bereiten. Im Gegensatz hierzu stehe die Politik des Preussischen Innenministeriums, das in gewissenhafter und gerechter Weise sich der Interessen der Gemeinden annehme. Das Gesetz würde nicht den Gegensatz zwischen Stadt und Land mildern, sondern eine noch viel grössere Spannung zum Schaden von ganz Württemberg erzeugen.

In einer Vollversammlung des Württembergischen Städtetages bezeichnete Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager-Stuttgart den Entwurf als eine Aktion, die geradezu verheerend wirken müsse. Der Geschäftsführer des Städtetages Dr. Frank hielt ein Referat, das in der Feststellung gipfelte: Der Entwurf der Regierung Bolz-Dohlinger spricht jeder steuerlichen Gerechtigkeit Hohn und verstösst gegen alles Rechtsempfinden. Oberbürgermeister Dr. Schmid-Ludwigsburg bezeichnete den Entwurf als die Arbeit eines schlechten Obersekretärs, dem jede Stadt die Anstellung verweigern würde. Schon die einfache politische Reinlichkeit verbiete es, ein derartiges Machwerk überhaupt an den Landtag zu bringen. Der Oberbürgermeister von Heidenheim sagte: Mit solchen Gesetzen wie

dieser Entwurf schlagen wir die ganze Industrie tot. Oberbürgermeister Dr. Schwamberger-Ulm wandte sich besonders an die Demokraten: "Die Demokraten haben sechs Jahre lang gottserbärmlich auf die Regierung Bazille-Bolz geschimpft. Warum haben sie nicht nach ihrem Regierungseintritt veranlasst, dass dieser ungerechte Gesetzentwurf umgehend zurückgezogen wird? Wenn sie das nicht verlangen, war alles, was sie ins Land hinausgerufen haben, Spiegelfechterei. Der badische Minister Rennele soll von dem niederen Kulturstand in Württemberg gesprochen haben. Man hat sich darüber aufgeregt, dieser Entwurf liefert aber das beste Zeugnis dafür."

Die Verhandlungen des Städtetages gipfelten in der Annahme einer Entschliessung an den Landtag, dass der Entwurf abgelehnt werden müsse, da an ihm auch nicht mehr herumgeflickt werden könne.

SPD. Paris, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Flotteneinigung zwischen England und Amerika lässt das Stimmungsbarometer in Paris immer tiefer sinken. Es scheint bald bereits auf dem Nullpunkt angekommen zu sein; denn schon jetzt erheben sich Stimmen, die von der französischen Delegation nichts weniger als die sofortige Abreise verlangen.

Die gesamte Pariser Presse eröffnet am Sonnabend ein wahres Trommelfeuer gegen die englisch-amerikanische Einheitsfront, die nun doch die lang gefürchtete Isolierung Frankreichs auf der Konferenz herbeizuführen droht. Überall wird die Forderung erhoben, dass die französischen Unterhändler unter keinen Umständen ihre Forderungen herabschrauben dürften, obwohl diese für die kleinen Kreuzer, die Torpedobootszerstörer und die U-Boote etwa doppelt so hoch sind wie es die in Washington festgelegte Relation für die grossen Kampfschiffe ermöglichen würde.

Man hat in Paris nur noch die schwache Hoffnung, dass man in Japan einen Bundesgenossen finden könnte, denn die englisch-amerikanische Flotteneinigung gesteht Japan anstatt seiner geforderten 70 nur 60 Prozent der angelsächsischen Tonnage zu.

SPD. Stuttgart, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Über die Stellung der württembergischen Regierung zum Youngplan teilt die Sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" am Sonnabend folgendes mit:

"Gemäss dem Kabinettsbeschluss, in dem über die Haltung der württembergischen Regierung entschieden wurde, stimmten für die Annahme des Youngplanes die Zentrumsminister Bolz, Beierle sowie der Demokrat Dr. Maier. Dagegen stimmten Bazille und Dehlinger. Es wäre aber verfehlt, in der Haltung von Bazille und Dehlinger Zeichen politischen Charakters zu sehen. Staatspräsident Bolz hat schon im Finanzausschuss des Landtags erklärt, dass die Regierung dem Youngplan zustimmen werde, weil er wisse, dass die grosse Mehrheit des Landtages für seine Annahme sei. Tatsächlich haben die beiden deutschnationalen Minister Bazille und Dehlinger sich damit auch zufrieden gegeben. Für den Fall, dass das Kabinett noch nicht erweitert gewesen wäre, hätten sie auch nicht gegen die Annahme des Antrages gestimmt. Der fünfte Mann im Kabinett hat ihnen aber dann die Möglichkeit gegeben, mit Nein zu stimmen."

Bazille und Dehlinger zeichneten sich seinerzeit für das Volksbegehren ein und stimmten beim Volksentscheid für das "Freiheitsgesetz" mit seinem Zucht-hausparagrafen.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am Sonnabend den § 1 des Schankstättengesetzes mit der sogenannten Relation an. Danach gilt für die Konzessionsbehörde als Richtlinie, dass eine Gaststätte im Durchschnitt nur auf 400 Einwohner kommen darf.

Die Vertreter der Reichsregierung, der preussischen und sächsischen Regierung erhoben gegen den Beschluss lebhafteste Bedenken. Das Zentrum liess erklären, dass seine Abstimmung nur für die erste Lesung gelte. Es behalte sich je nach der Gestaltung der sonstigen Paragraphen des Gesetzes vor, in der zweiten Lesung gegen die Relation zu stimmen.

Inbezug auf den § 2 stellten die Sozialdemokraten und die Kommunisten Verbesserungsanträge zum Schutze der Arbeiter und Angestellten. Die Schankerlaubnis soll verweigert werden können, wenn die Befürchtung besteht, dass der Gastwirt den Arbeiterschutzbestimmungen zuwiderhandelt. Gegen diese Anträge wandte sich der Vertreter der Wirtschaftspartei Köster und der Abgeordnete Beythien (D.V.) Die Sozialdemokraten Girbig und Sollmann ebenso der Kommunist Schumann trugen reichliches Material zur Begründung der Anträge vor.

Sollmann (Soz) erklärte schliesslich, dass diese Bestimmung für die Sozialdemokratie mit entscheidend sei für die Beurteilung des gesamten Gesetzes. Er behalte sich einen Antrag auf Herbeirufung des Reichswirtschaftsministers vor, wenn sich keine Mehrheit für diese Arbeiterschutzbestimmungen finde. Die Abstimmung wurde auf Montag vertagt.

SPD. Amsterdam, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitgeber der Amsterdamer Herrenkonfektion haben am Sonnabend unter Ablehnung des von den Gehilfenverbänden vorgeschlagenen neuen Tarifentwurfes die Aussperrung aller Bekleidungsarbeiter beschlossen. Die Aussperrung soll am 15. Februar ihren Anfang nehmen.

SPD. Über das Ergebnis der letzten, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers geführten, Parteiführerbesprechung sind in der Presse verschiedentlich unzutreffende Mitteilungen veröffentlicht worden. Beschlüsse sind in dieser Besprechung überhaupt nicht gefasst worden. Auch kann nicht davon die Rede sein, dass über die Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung oder gar über die geplanten Steuererhöhungen eine Verständigung unter den Parteien erzielt worden sei. Alle diese Fragen sind bisher vollkommen ungeklärt.

Vereinbart worden ist in der Parteiführerbesprechung lediglich, dass in dieser Woche Verhandlungen der Reichsregierung mit den Finanzsachverständigen der Fraktionen über den Etat 1930 stattfinden sollen. Diese Besprechungen, die am Dienstag vormittag beginnen, werden sich nicht nur mit der Gesamthöhe der Ausgaben im Jahre 1930 beschäftigen, sondern insbesondere mit der Höhe des Fehlbetrages und der Art seiner Deckung. Welchen Verlauf diese Besprechungen nehmen werden, dürfte zum grossen Teil von dem Ergebnis der Sitzungen der Fraktionen abhängen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Montag nachmittag 2 Uhr zusammen.

SPD. Vincennes, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein schweres Schadenfeuer hat am Sonnabend in Vincennes (Frankreich) fünf grosse Lagergebäude im Artillerie-Arsenal zerstört. Zwar waren sofort zahlreiche Pionier- und Feuerwehrrabteilungen zur Stelle, jedoch gelang es erst nach

nach mehrstündiger Arbeit, das Feuer einzudämmen. Nur mit knapper Not konnte das benachbarte Munitions- und Pulverlager vor dem Brande bewahrt werden. Der Sachschaden beträgt etwa 80 Millionen Franken.

SPD. Am 17. Februar beginnt in Genf die Zollfriedenskonferenz des Völkerbundes. Das Reichskabinett hat dazu beschlossen, als Hauptdelegierte den Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsernährungsminister Dietrich, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Trendelenburg und den früheren Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, dessen reiche Kenntnisse auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik fruchtbar gemacht werden sollen, nach Genf zu entsenden.

SPD. Madrid, 8. Februar (Eig. Drahtb)

Der gestürzte Diktator Primo de Rivera soll die Absicht haben, sich in den nächsten Monaten vom politischen Schauplatz in Spanien vollkommen zurückzuziehen und eine längere Erholungszeit an der französischen Riviera zu verbringen. Vor seiner Abreise werde er allerdings noch das wahlmanifest der patriotischen Verbände, die er zu einer politischen Partei umorganisieren wolle, verkünden.

Das Kabinett Berenguer hat am Sonnabend beschlossen, die ersten Vorarbeiten zunächst für die Kommunal-Neuwahlen zu beginnen. Es wurde eine dreigliedrige Ministerkommission eingesetzt, die sich mit der Vorbereitung dieser Wahlen beschäftigen soll. Der Wahlkampf selbst wird schon in den nächsten Tagen in Gang kommen. Der Führer der republikanischen Partei Lerroix hat für den 11. Februar die erste Wahlversammlung einberufen. Die Regierung hat die Versammlung unter dem Vorbehalt gestattet, dass die öffentliche Ordnung von den Republikanern nicht gestört wird. Der ehemalige Ministerpräsident Sanchez Guerra beabsichtigt ebenfalls seine Wahlkampagne schon in der nächsten Woche mit einer grossen Rede in Madrid zu eröffnen.

SPD. In einem Berliner Blatt finden wir folgende erheiternde Geschichte: "Am 7. Februar abends veranstalten die Berliner Nationalsozialisten eine Kundgebung im Sportpalast, bei der General Litzmann, Hauptmann a.D. Göring und Dr. Goebbels sprechen. Am 7. Februar morgens liegt auf unserem Schreibtisch die Nr. 6 des nationalsozialistischen Berliner Blattes "Deutsche Wochenschau". Und siehe da, auf der ersten Seite finden wir bereits einen packenden Bericht von der nationalsozialistischen Kundgebung im Sportpalast, die erst am Abend stattfinden wird.

Da ist schön erzählt, wie drinnen Schulter an Schulter Hitlers Brauhemder stehen und draussen "die Masse der blutrünstigen Sowjetbanditen wütet und brandet". Fast mit Tränen der Rührung ist es geschildert, wie General Litzmann, der Fliegerheld Göring und der "todesverachtende Volksheld Goebbels" ein dreifaches Gelöbnis "So kann es nicht weitergehen!" durch die riesige Halle des Sportpalastes erschallen lassen und begeisterten Widerhall finden. Der schöne Bericht schliesst: "Berlins Atem stockt, denn der Nationalsozialismus marschiert."

Tatsächlich, Berlins Atem stockt, denn die nationalsozialistische Presse übertrifft mit dieser Leistung der "Deutschen Wochenschau" Ullsteins "Tempo" (ein Berliner Abendblatt) um etliche Nasenlängen."

SPD. Genf, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloss am Sonnabend mit 12 gegen 10 Stimmen einen Antrag der Arbeitgeber, die Bildung des Angestelltenausschusses nochmals zu vertagen und zusammen der Arbeitskonferenz im Juni zu überweisen, abzulehnen. Mit 12 gegen 7 Stimmen wurde dann der von der deutschen Regierung umrissene Aufgabenkreis der Tätigkeit des vorgesehenen Ausschusses zugrunde gelegt und mit 12 gegen 8 Stimmen ein Arbeitgeberantrag, den Ausschuss paritätisch aus Angestellten und Arbeitgebern zusammenzusetzen, abgelehnt. Der englische Arbeitgeber-Vertreter gab daraufhin die Erklärung ab, dass die Arbeitgeber nicht im Ausschuss mitarbeiten würden. Diese Erklärung wurde von dem Vorsitzenden der Arbeitgebergruppe mit der Einschränkung unterstützt, dass ein allgemeiner Beschluss der Arbeitgeber in dieser Hinsicht noch nicht vorliege.

Die Zusammensetzung des Angestelltenausschusses wurde mit der merkwürdigen Mehrheit von 6 : 0 geregelt. Die Regierungen und das Arbeitsamt hatten sich darauf geeinigt, die Zahl der Angestelltenvertreter im Ausschuss auf 12 zu vermehren; da aber durch diese Vermehrung die christlichen Verbände eine ihre zahlenmässige Bedeutung weit übersteigende Vertretung erhalten hätten und ausserdem als Angestelltenvertreter von den Regierungen Leute genannt wurden, die niemand kennt, enthielten sich die Arbeitnehmer bei der Abstimmung der Stimme.

Es entfallen von den 12 Angestelltenvertretern 6 auf Vertreter freier Verbände, darunter Aufhäuser, 3 oder 4 auf christliche oder sogenannte neutrale Verbände, ein Vertreter wird von einer japanischen Angestelltenorganisation gestellt und der zwölfte wird trotz des Protestes der Arbeitnehmer von der faschistischen italienischen Angestelltenorganisation entsandt. Ob die freien Angestellten 6 Vertreter erhalten, ist aber trotz der Abstimmung wieder in Frage gestellt. Der Direktor des Arbeitsamtes nannte als polnischen Angestelltenvertreter den langjährigen Führer der freien Angestelltenbewegung Polens Victor Alter. Da Alter Sozialdemokrat und Jude ist, hatte der polnische Regierungsvertreter nichts eiligeres zu tun als ausserhalb der Sitzung dafür zu sorgen, dass der Name Alters noch nicht in die Liste aufgenommen und die Frage der Besetzung des polnischen Sitzes zunächst fallen gelassen wurde. Die polnische Regierung und die christlichen Verbände wollen ihre Bemühungen fortsetzen, diesen Sitz doch noch den freien Angestelltenverbänden zu nehmen und einem neutralen oder christlichen Verband zuzuwenden.

Die Tagung des Verwaltungsrats endete mit einer Reihe von Kommissionsberichten, Terminfestsetzungen für neue Sitzungen und Personalveränderungen innerhalb der verschiedensten Kommissionen. Die Arbeitnehmergruppe griff verschiedentlich im Verlauf der Debatte ein. So wurden die deutsche und die englische Regierung befragt, wann sie ihr Versprechen der Ratifikation des Achtstundentagabkommens wahr machen werden. Der englische Regierungsvertreter antwortete völlig ausweichend. Der deutsche Regierungsvertreter wies darauf hin, dass durch die ausserordentliche Überlastung des Reichstages mit aussenpolitischen Arbeiten das Arbeitsschutzgesetz noch nicht verabschiedet werden konnte. Er hoffe jedoch, dass es der Reichstag in naher Zukunft erledigen werde.

SPD. Am Sonnabend hörte der Sklarek-Ausschuss des preussischen Landtages den Berliner Stadtkämmerer Lange über die Finanzlage Berlins. Stadtkämmerer Lange ist z. Zt. krank und beurlaubt; seine Geschäfte hat inzwischen der am Freitag vernommene Stadtsyndikus Dr. Lange übernommen.

Die fast 1½-stündigen Ausführungen des Stadtkämmerers gaben im grossen und ganzen dasselbe Bild über die Entwicklung der Finanzlage Berlins, das schon Bürgermeister Scholz und Syndikus Lange gezeichnet hatten. Auch die Befragung des Stadtkämmerers Lange ergab nichts Neues. Die Frage des Berichter-

statters, ob er nicht ein Gegner der sich "treibhausartig entwickelnden" Untergrundbahnbauten gewesen sei, bestätigte der Kämmerer und fügte hinzu, dass die Mehrheit des Magistrats dafür gewesen ist. Gegen die Beantwortung der weiteren Frage, wer im Magistrat dafür und wer dagegen gewesen ist, erhob Oberpräsident Maier unter Hinweis auf die Wahrung des Amtsgeheimnisses Einspruch.

Schliesslich wurde Oberbürgermeister Dr. Böss noch einmal vernommen, der z.Zt. einen durchaus krassen Eindruck macht. Die Entwicklung der Verkehrsbauten, namentlich der Untergrundbahnen nach Neukölln und Lichtenberg - so erklärt Böss - habe einem Bedürfnis der werktätigen Bevölkerung entsprochen. Er habe jedoch wegen der inzwischen angespannten Finanzlage mit dem Kämmerer erwogen, die Bauten abzustoppen. Das sei aber, wie er sich aus eigenem Augenschein überzeugen konnte, wegen der weit vorgeschrittenen Arbeit kaum möglich gewesen. Auf die Frage des deutschnationalen Berichterstatters Könnicke, ob nicht die Wiedereinführung der II.Klasse auf der Untergrundbahn rentabler wäre, musste sich der Fragesteller von dem Oberbürgermeister dahin belehren lassen, dass eine solche Regelung bei dem weltstädtischen Verkehr überhaupt nicht in Frage kommen kann und schliesslich die Untergrundbahn keine Luxusbahn ist.

Nächste Sitzung Montag 13 Uhr.

SPD. Brüssel, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Generalstreik der Textilarbeiter von Renax in Ostflandern hat mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter geendet. Sie erhalten sofort die 5 prozentige Lohnerhöhung, der sich die Arbeitgeber widersetzt hatten. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

SPD. Im Tscherwonzenfälscher-Prozess wurde am Sonnabend folgendes Urteil gefällt :

"Die Angeklagten Dr. Becker, Böhle und Schmidt werden freigesprochen. Gegen die des fortgesetzten gemeinschaftlichen, teils versuchten, teils vollendeten Münzverbrechens angeklagten Karumidze, Sadathieraschwili und Bell wird das Verfahren eingestellt. Das verwendete Material ist einzuziehen; die Haftbefehle sind aufgehoben."

Die Urteilsbegründung besagt, dass die Tschewonzen als ausländisches Papiergeld im Sinne des § 146 RStG betrachtet werden. K. ist geständig, in München ein vollendetes, in Frankfurt ein versuchtes Münzverbrechen begangen zu haben. Ebenso S. Dr. Weber hat sich der Beihilfe in Frankfurt schuldig gemacht. Bell hat zwar bestritten, gewusst zu haben, dass die Banknoten gefälscht waren, er wird aber für überführt gehalten. Bei Böhle und Dr. Becker ist eine derartige Feststellung im Sinne des Eröffnungsbeschlusses nicht zu treffen. Böhle hat angenommen, es handle sich um den Druck antibolschewistischer Literatur, Gegen Becker und Bell entfällt aber auch der Vorwurf des Betrugs an Dr. Wurmbach, den Münchner Geldgeber.

Karumidze ist der Urkundenfälschung überführt: er hat gefälschte Ausweise einer "persisch-türkischen Bank" vorgezeigt, die in Wahrheit gar nicht existiert. Dagegen wird angenommen, dass Rieger von den Bekundungen Schmidts nichts geglaubt habe. Was die Konsulatsangelegenheit anbelangt, so haben Schmidt und Bell zweifellos mit falschen Telegrammen operiert und dem Rieger auf diese Art 3000 Mark abgenommen. Indessen haben sie selber an die Möglichkeit einer Ernennung Riegers zum bulgarischen Konsul geglaubt. Damit entfällt das Bewusstsein der rechtswidrigen Vermögensschädigung.

Da nun alle Straftaten vor dem 1. Januar 1928 begangen sind, so fallen sie unter das Amnestiegesetz. Bei allen Angeklagten haben, auch im Falle

der Urkundenfälschung, politische Motive vorgelegen. Deutschland sollte innen- und aussenpolitisch unterstützt werden. Karumidze hat schon während des Weltkrieges sein Leben eingesetzt für Deutschland, das er auch jetzt wieder zu neuem Aufschwung und zu neuer Blüte zu bringen gehofft hatte. Für eigennütziges Handeln sind bei keinem der Angeklagten Anhaltspunkte zu finden. Sie mussten demnach auf Grund des Amnestiegesetzes oder aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden.

SPD. Brüssel, 8. Februar (Eig. Drahtb.)

In die Kaserne des Militärflugplatzes von Evere bei Brüssel haben sich nächtlicherweise Diebe eingeschlichen und die Taschen der schlafenden 40 Soldaten vollständig ausgeräumt. Sie trugen alles Geld und alle Wertsachen sowie sonstige leicht transportierbare Gegenstände davon. Von den Dieben, die sich teilweise Betäubungsmittel bedienten, fehlt abgesehen von Fingerabdrücken jede Spur.

SPD. Die in Berlin erscheinende kommunistische "Welt am Abend" hat am Sonnabend alle Mitteilungen über die Verramschung des Parteivermögens der Kommunistischen Partei als Erfindungen bezeichnet. Das ist die primitivste, aber auch die unglücklichste Form der Ablehnung. Diese Lüge kann sofort von den Arbeitern und Angestellten der kommunistischen Betriebe durchschaut werden.

Das Personal der kommunistischen Parteibetriebe hat seit Monaten zugesehen. Wie eine Besichtigungskommission der anderen die Tür in die Hand gab. Es hat sich seine Gedanken über diese Invasion der Besichtigungskommissionen gemacht und hat Unheil geahnt. Die Vermutung, dass ein Verkauf geplant sei, war die natürliche Schlussfolgerung, die die kommunistischen Arbeiter und Angestellten selbst gezogen haben.

Was das Personal der kommunistischen Betriebe aber nicht wissen kann, das ist, welche Angebote den Interessenten gemacht wurden und mit welchen Empfehlungen ihnen das Geschäft schmackhaft gemacht werden sollte. Das wissen nun wir.

Der Kern des Angebots war immer, dass sich durch Reduzierung des Personals und Einsparungen auf Lohn- und Gehaltskonto dreissig Prozent der Unkosten einsparen liessen. Die kommunistischen Unterhändler haben dabei darauf hingewiesen, dass bereits Lohnherabsetzungen in den kommunistischen Betrieben erfolgt seien. Ab Oktober 1929 seien in der Friedrichstadtdruckerei in Berlin (der Druckerei der "Roten Fahne") Entlassungen und auch ein Lohnabbau vorgenommen worden. Die Löhne hätten sich seitdem um wöchentlich 2 - 3 000 Mark ermässigt. Nach vorliegenden Berechnungen könnten in allen Betrieben zusammen jährlich an den Posten Löhne und Gehälter 1 Million Mark gespart werden. Die vorhandenen Einrichtungen würden ausreichen, um auch bei reduziertem Personal die Druckumsätze um jährlich anderthalb Millionen Mark zu erhöhen.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei erzählt also den Interessenten, mit denen sie um die Verramschung ihrer Geschäfte verhandelt, wie sie eine Million Mark jährlich verdienen könnten - auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in den kommunistischen Betrieben, durch Lohnabbau und Entlassungen.

Natürlich hat die kommunistische Zentrale dabei aufgeschnitten. Einmal mit der Behauptung, dass die Druckumsätze um jährlich anderthalb Millionen Mark erhöht werden könnten, dann aber auch mit der Versicherung, dass eine Million Mark an Löhnen und Gehältern eingespart werden könnten. Es sei denn, dass sie den Käufern empfehlen wollte, gewaltige Lohnkürzungen und Entlassungen vorzunehmen.

Um zu ermitteln, was die Einsparung von einer Million Mark an den Posten Löhne und Gehälter bedeutet, muss man wissen, dass in den ersten zehn Monaten

des Jahres 1929 in sechzehn kommunistischen Unternehmungen insgesamt 2 488 485 Mark an Löhnen und Gehältern gezahlt worden sind. Diese Lohnsumme verteilt sich auf die einzelnen kommunistischen Unternehmen wie folgt :

Berlin 698 400,- Bremen 69 200,- Breslau 80 338,- Chemnitz 159 920,-
Dresden 127 875,- Düsseldorf 151 777,- Essen 258 454,- Frankfurt 91 642,-
Gotha 72 186,- Hannover 68 145,- Jena 112 472,- Köln 109 743,- Königsberg
75 246,- Leipzig 231 408,- Magdeburg 84 446,- Mannheim 97 233,- Mark.

Was bei solcher Sachlage die Einsparung von einer Million Mark bedeutet - das können die Arbeiter und Angestellten der kommunistischen Betriebe wohl ermessen! Man versteht, warum die kommunistischen Zentrale so dreist und plump leugnet. Sie fürchtet die Empörung des Personals ihrer Betriebe und die Empörung der kommunistischen Mitglieder.

+ + +

Die Lohnempfänger der Berliner "Roten Fahne" haben in der vorvergangenen Woche auf ihren Lohn schliesslich eine Abschlagszahlung von 50 Mark erstreikt. Der Rest ist bis heute nicht gezahlt! In der Woche vom 2. bis 8. Februar erhielten die Lohnempfänger am fälligen Lohntag sage und schreibe 25 Mark. Die Gehaltsempfänger haben bis auf einzelne durch die Cliquenwirtschaft der KPD-Zentrale bevorzugte Personen ihr Gehalt seit Monaten ebenfalls nur unter grossen Verzögerungen "auf Stottern" erhalten.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Im weiteren Verlauf der Ermittlungen zu dem Überfall auf den Studenten Wessel wurden dem beschuldigten Höhler die Veröffentlichungen in der "Roten Fahne" vorgelegt. Höhler hat darauf seine bisherigen Angaben erheblich erweitert, was dazu führte, dass inzwischen der Funktionär der Roten Hilfe, Hermann Schmidt, seine Ehefrau Luise, sowie seine Tochter Käthe Schmidt festgenommen wurden.

+ + +

Schmidt ist kommunistischer Bezirksverordneter des Berliner Bezirks Mitte. Er hat Höhler nach dem Attentat auf Wessel zunächst beherbergt. In seiner Wohnung wurden u.a. sämtliche Papiere und Ausweise Höhlers von der Sturmabteilung des "Roten-Front-Kämpferbundes" zerrissen bzw. verbrannt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2350)

Aus aller Welt

Die Erbschaft der Prinzessin Petrowka.

Ter=Akopoffs Laboratorium - 30 Millionen, aber leider nur in New York - Die Miterbin von der Tscheka verbannt - Die Jagd nach dem Glück in Polen - Ein Traum fliegt auf.

SPD. Frankreich hat eine neue Sensation. So und so viele Leute warteten auf eine aus Russland stammende Riesenerbschaft von 30 Millionen und im Augenblick, der die Auszahlung bringen sollte, stellte sich heraus, dass das entscheidende Dokument aus dem Jahre 1917 durch ein Testament aus dem Jahre 1923 annulliert wird. Die neue Erbin, eine Prinzessin Nikiforawa ist zum Empfang ihres Glückes nach Amerika gefahren, ohne jemals Frankreich und ihre Neider gesehen zu haben. Wie die grosse Enttäuschung möglich war?

Die Geschichte ist die Geschichte des russischen Emigranten Narciss Inwanowitsch Ter=Akopoff. Vor dem Kriege besass er in Lausanne eine herrliche Villa, lebte lustig und in Freuden und Gott ernährte ihn trefflich. 1917 kam er in Geldverlegenheit, weil seine in Baku gelegenen Oelfelder enteignet wurden, aber da ist der sehr reiche Schweizer Bankier Aksus, der von dem baldigen Sturz der Bolschewistenherrschaft überzeugt ist und seinem Freund Ter=Akopoff in der Hoffnung auf reichen Zinssegen drei Millionen Schweizer Franken leiht. Ter=Akopoff experimentierte mit dem Geld, richtete in Deutschland ein Laboratorium ein und spekulierte auf ein synthetisches Verfahren zur Herstellung von Petroleum. Die Versuche misslangen, in den Retorten schmolz auch das geleihene Schweizer Gold, die Villa und alles Inventar mussten verkauft werden. Akopoff beging einige Schwindeleien und Betrügereien, russische Emigranten klagten gegen ihn, Akopoff wurde schliesslich aus der Schweiz ausgewiesen. Im Jahre 1926 ging er nach Belgien.

Ein Jahr später erhielt der Bankier Aksus einen Eilbrief aus Brüssel. Der biedere Akopoff berichtete seinem Gläubiger freudestrahlend von einer fabelhaften Erbschaft. War doch in Russland Akopoffs erste Frau, die Prinzessin Petrowka, gestorben. Sie hatte ihrem Gatten 30 Millionen hinterlassen und war angeblich, während der arme Akopoff hungernd durch die Welt irrte, nach ihm forschend und suchend, durch Europa gezogen. Wer sucht, der findet. Sie suchten und fanden sich beide: Akopoff und der Rechtsanwalt Meissis, der Testamentsvollstrecker. "Es ist so viel Geld da", schrieb Akopoff an Aksus, "dass es mir leicht ist, Ihnen die geschuldete Summe zurückzuerstatten!"

Aber da ist noch ein kleiner Haken im Testament. Akopoff ist nicht der alleinige Erbe der in New York wohlverwahrten Millionen. Die Prinzessin hat auch eine Tochter. Nikiforawa heisst sie. Solange die nicht da ist, kann die Erbschaft nicht angerührt werden. Wo ist Nikiforawa? Niemand weiss es. Aber Herr Meissis weiss Rat. Er machte den Vorschlag, sofort ein Konsortium zu bilden, das das Geld zusammenlegen soll, um die Miterbin zu suchen. Der reiche Aksus und sein Notar sollten die Unkosten übernehmen. Einverstanden! Aber erst das Testament herbei! Nichts leichter als das. Brief an einen Advokaten in Brüssel, Antwort, Gang zu einer Pariser Bank. Tatsächlich: die Bank bestätigte den Besitz des Dokumentes. Ter=Akopoff erhält 500 000 französische Francs, die Schweizer fahren um diese Summe erleichtert, vergnügt nach Hause. Das Messingschild verschwindet von der Bürotüre des Herrn Meissis, er selbst ebenfalls und Akopoff mietet sich in Paris eine feudale Wohnung zum Preise von 3 500 Francs monatlich, befreundet sich mit der reichen Dame Rouvier, der Witwe des

ehemaligen Ministerpräsidenten, und bewegte auch diese, in das Erbkonsortium einzutreten. Neues Geld!

Der Schweizer Bankier verlangt nun die Auslieferung des Testaments. Sie kostet ihm neue 50 000 Schweizer Franken, die Akopoff als Unkosten verlangt. Endlich ist das Testament in der Schweiz. Es wird studiert und geprüft, noch und noch. Es ist nicht eigenhändig geschrieben und aus dem Jahre 1917 datiert. Aber die Millionen sind darin verzeichnet und sogar 50 000 Rubel für die Armen, und die Hauptsache: es trägt russische Stempelmarken. Die Schweizer sind aber sehr vorsichtig. Sie wollen noch den Bankausweis von New York sehen, wo das Geld liegen soll. Die Situation wird heikel, doch Ter=Akopoff lässt einen Brief mit dem Aufdruck einer mexikanischen Bank anfertigen, und schreibt hinein, dass sich im Depot des amerikanischen Finanzinstitutes sechs Millionen Dollar als Erbschaft der Prinzessin Petrowka befinden, und dass das Geld nach der Erfüllung der Bedingungen abgehoben werden könne. Auf diese frohe Nachricht giessen die Schweizer neue 50 000 Francs in die Kasse des Konsortiums, damit endlich die fehlende Miterbin gesucht und gefunden werde.

Und jetzt beginnt die Jagd nach Nikiforawa. Sechs Monate dauert sie. Die Schweizer und Madame Rouvier haben bereits eine Million Francs verpulvert, um endlich zu erfahren, dass die Tscheka die Erbin auf die Insel Solowki verbannt habe. Der Geduldfaden der Geldgeber reisst fast. Rechtzeitig findet sich in Paris ein Verwandter der verstorbenen Prinzessin, ein gewisser Guerman, der eine Kopie des sagenhaften Testaments aufgetrieben hat und seine Mithilfe zur Auffindung der Nikiforawa gegen eine geringe Erbschaftsbeteiligung von 15 000 Dollar verspricht. Die Gesellschafter sind einverstanden. Guerman geht auf die Suche und meldet nach einiger Zeit aus dem Osten, die Erbin befinde sich gesund und munter in Polen. Neues Geld in die Kasse des Konsortiums, Akopoff fährt nach Warschau, die Schweizer warten in Paris, während die Ministerpräsidentin bereits ein Zimmer für die Erbin in einem grossen Hotel bestellt. Fieberhafte Aufregung auf der ganzen Front! Telegramm: "Bin in Stolpsi, komme allein, Aufklärung folgt. Ter!" Die Schweizer empfangen den Erwarteten auf dem Pariser Bahnsteig. Akopoff stürzt aus dem Zug, streckt die Arme zum Himmel und ruft schmerz erfüllt: "Ich bin verraten, verraten! Guerman hat die Miterbin gefunden und gibt sie nicht heraus. Er will 30 000 Dollar Lösegeld. Der Hund ist zu allem fähig. Meine Herren, entscheiden Sie, was zu tun ist, Ich bin bereit, sofort zurückzufahren!"

"Ich werde Sie begleiten!" sagt endlich der Notar Lacroix, nachdem allen anderen vor Schreck die Sprache vergangen war.

"Wozu?" fragt Akopoff, "das wird die Sache nur erschweren." Am folgenden Tag: neue Konferenz des Konsortiums, Beratung, Diskussion, Debatten in der Wohnung Ter=Akopoffs. Ergebnis: Akopoff reist allein. Weiteres Ergebnis, dass jetzt der Anwalt der Madame Rouvier auf die Herausgabe des ausserordentlich wertvollen Schmuckes seiner Klientin klagt, den Akopoff bekommen hat und versetzt haben will, damit er wieder nach Polen fahren und Nikiforawa auslösen konnte.

Schluss - Szene: Ein Telegramm aus Brüssel an das Konsortium: Nikiforawa ist mit Herrn Meissis nach Amerika gefahren. Die Tochter der Prinzessin besitzt ein Testament aus dem Jahre 1923, das das Dokument vom Jahre 1917 annulliert.

Letztes Bild: Februar 1930. Ter=Akopoff im Pariser Untersuchungsgefängnis.

+ + +

Kinder unterm Autobus. In Aker bei Oslo gerieten vier Kinder unter einen Autobus, als sie gerade auf ihrem Schlitten zur Schule fuhren. Alle Kinder wurden getötet.

+ + +

Glückslose in Berlin W. Bei der Ziehung der fünften Klasse der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfielen am Sonnabend, dem ersten Ziehungstage, auf Los Nr. 69 146 100 000 Mark. Das Los wird in Achtern in Berlin W. gespielt. Auch in Hannover, wohin der Gewinn in der zweiten Abteilung fiel, teilt sich das Geld in Achten auf. Die Berliner Spieler sind Kaufleute und Angestellte, die Hannoveraner Beamte und Handwerker.

+ + +
Das Ende der Romaschka-Entführung. Die fünf Kinder des Landwirts Romaschka aus Hohen-Böllnstedt bei Salzwedel, die vor einigen Tagen in das kommunistische Kinderheim Kuhmühle bei Wittstock entführt worden sind, wurden von dort von ihrem Vater zurückgeholt.

+ + +
Haftverlängerung. Die über die beiden Direktoren Becker und Dr. Kirschbaum der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft (Favag) verhängte Haft wird nach dem Ergebnis des Haftprüfungsverfahrens auf weitere drei Monate aufrecht erhalten.

+ + +
Zu Tode gemartert. In dem kleinen Dorf Kari bei Adana (Türkei) ist ein junges Mädchen namens Emine, das vor mehr als einem halben Jahr mit einem jungen Mann davongelaufen war, von seinen Eltern regelrecht und systematisch zu Tode gemartert worden. Die grausamen Eltern haben das Kind ein Jahr hindurch furchtbar geschlagen, an allen Körperteilen mit glühenden Eisen versengt, ta= gelang hungern und vor dem Hause schlafen lassen. Das Mädchen, das nicht wusste, wo es Hilfe finden sollte, hat alles schweigend ertragen, bis es jetzt gestorben ist. Die Eltern wurden verhaftet.

+ + +
Mordrache einer Prostituierten. In der Nähe von Rowne (Bulgarien) wurden ein reicher Gutsbesitzer und dessen Frau während der Nacht überfallen und erschossen. Die Schüsse gab die Tochter des Gutsverwalters ab, die der 60jährige Grossagrariere erst zu seiner Geliebten gemacht und dann verlassen hatte; sie war Prostituierte geworden. Ausserdem war Teilhaber des Doppelmordes ein männlicher Komplize, der die Gelegenheit benutzte, die Wohnung auszurauben.

+ + +
Byrd frei! Das im Packeis eingeschlossene Expeditionsschiff "City of New York" des Commander Byrd, der sich auf einer Südpolexpedition befindet, hat in einer Gewaltarbeit von 37 Stunden den Eisgürtel durchbrochen. Der Durchbruch des Dampfers durchs Eis musste in höchster Eile bewerkstelligt werden, da sich bereits wieder Neues Eis bildete, das gegebenenfalls das Schiff für den Rest des Winters hätte festhalten können. Orkansturm der letzten Tage kam Byrd zur Hilfe. In fünf bis sechs Tagen dürfte er Little Armerica erreichen.

+ + +
Neuer Raubüberfall der Brüder Langbehn. Die wegen mehrerer Raubüberfälle in Hamburg gesuchten Brüder Wilhelm und August Langbehn verübten zusammen mit einem gleichfalls in Hamburg wohnhaften Karl Hans H. einen Raubüberfall in der Nähe des Bahnhofs Billwärder-Moorfleth auf einen 63jährigen Schachtmeister Sievers, dem sie 3 400 Mark Lohngehälter entrissen. Sievers war mit der Eisenbahn von Hamburg bis Billwärder-Moorfleth gefahren. Als er den Zug verliess, wurde er überfallen, zu Boden geschlagen und beraubt. Die Täter flüchteten in einem kurz vorher am Steinhauer Damm in Hamburg gestohlenen Personenauto. Als dieses Auto nach dem verbrecherischen Ueberfall in Billbrook von einem Polizeiwachtmeister angehalten wurde, konnten die Brüder Langbehn, die man erkannte, flüchten, während Karl Hans H. gefasst wurde.

+ + +

Zugspitzentunnel durchstossen. In einer Höhe von 2650 Metern ist der 4,4 Kilometer lange Zugspitzentunnel durchstossen worden. Damit ist der höchste Punkt der bis jetzt nur teilweise fertigen Zugspitzenzahnradbahn erreicht. Es soll an der Stelle eine Bergstation und ein Hotel errichtet werden. Die Direktion der Zugspitzbahn A.G. teilt noch mit, dass der Durchschlag gegen zehn Uhr abends erfolgen sollte. Um diese Zeit war man aber erst auf Hörweite (genau vier Meter) beisammen. Der Bohrer drang nachts punkt 12 Uhr durch. Eine um 2.50 Uhr früh abgegebene Ladung Schüsse erweiterte das Loch dann so, dass um 2.55 Uhr der effektive Durchbruch erfolgte und die ersten Leute den fertigen Tunnel durchschreiten konnten.

+ + +
Diebische Schüler. Die Bremer Polizei hat vier Schüler von zehn bis zwölf Jahren ermittelt, die in vielen Fällen Fahrradzubehörteile und andere Gegenstände stahlen. Kurz vorher wurden sieben Schüler wegen Bandendiebstahls überführt.

+ + +
Zwölf Fischerboote vermisst. Auf dem Schwarzen Meer tobt ein Urmkan, Zwölf Fischerboote werden vermisst. Entsprechende Nachforschungen russischer Kriegsschiffe verliefen ergebnislos. Vermutlich sind die Boote mit den Fischern untergegangen.

+ + +
Im Schlafe halb verbrannt. Ein Arbeiter Godwan, der in einem Wald im Bezirk Ranowo (Slowakei) Bäume gefällt und sich nach dem Nachtessen an denaturiertem Spiritus gelabt hatte, verbrannte bis an die Knie, nachdem er während des Schlafes seine Beine gegen das offene Feuer ausgestreckt hatte. Offenbar hatten die Kleider durch vorher verschütteten Spiritus besonders leicht Feuer fangen können. Godwan wurde ins Krankenhaus geschafft; beide Beine mussten ihm abgenommen werden.

+ + +
Zeppelin nächste Fahrten. In Vertretung des Luftschiffbau-Zeppelin gibt die Hamburg-Amerika Linie das Fahrtenprogramm des Luftschiffs bekannt, das u. a. für den April acht bis zehnstündige Fahrten ins Alpengebiet vorsieht, die pro Jahr 400 Mark kosten sollen. Im Juli und August sollen Nordlandfahrten bis zum Nordkap und bis zur Eisgrenze führen. Für den Herbst sind deutschen Landungsfahrten vorgesehen. Auch die Schweiz und Oesterreich sollen in das Programm der Landungsfahrten einbezogen werden.

+ + +
Immer wieder Papageienkranke. An Papageienkrankheit erkrankten drei Personen aus einer Familie im Norden von Amsterdam. Der Zustand der Kranken war so ernst, dass diese ins Hospital überführt werden mussten. Die Krankheit wurde durch einen Papagei eingeschleppt, der erst vor kurzem als Geschenk aus Südamerika übermittelt worden war. Das Tier ist bereits gestorben. Beim Städtischen Gesundheitsamt wurden die nötigen Massnahmen gegen eine Weiterausbreitung der Seuche getroffen.

+ + +
Selbstmörder unterm Zug. Auf dem Berliner Stadtbahnhof Zoo stürzte sich ein 32jähriger Mann vor einem einfahrenden Stadtbahnzug. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb er.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Rationalisierung bei der Reichsbahn.

Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

SPD. Der Reichsbahn sind im Auto und Flugzeug kräftige Konkurrenten entstanden. Sie schätzt den durch den Wettbewerb des Kraftwagens verursachten Einnahmeausfall im Jahre 1929 auf rund 410 Millionen Mark. Auf der anderen Seite ist sie durch den ihr auferlegten jährlichen Beitrag von 660 Millionen zu den Reparationen und sonstigen Verpflichtungen finanziell überaus stark vorbelastet und damit im Wettbewerb sehr gehemmt. Unter dem Druck der starken Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs musste die Reichsbahn zu einer Umstellung des Güterverkehrs schreiten. Neben einer Beschleunigung des Fernverkehrs, für den der Wettbewerb des Kraftwagens kaum in Frage kommt, wurde vor allem der Beschleunigung des Nah-Güterverkehrs besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die Einführung von Leicht-Güterzügen ist eine weitgehende Trennung von Stückgut- und Wagenladungsverkehr erfolgt. Durch weitere technisch-organisatorische Neuerungen wurde das Aus- und Einladen auf den Unterwegs-Stationen wesentlich beschleunigt und das Geschäft auf den Umladestellen stark vermindert. Im Stückgutverkehr ist die Reisegeschwindigkeit von 10 Km.Std. im Reichsdurchschnitt bis auf 65 km die Stunde erhöht worden.

Diese Umstellung im Stückgutverkehr hat beachtenswerte Nachteile für das Personal zur Folge. So sollen z.B. im Zusammenhang mit den geschilderten Rationalisierungsmaßnahmen mehrere Verschiebebahnhöfe halb oder ganz stillgelegt werden. Im Stückgutverkehr wird die Zahl der Frachtgutumladestellen im Reichsbahngebiet von 219 auf 81 vermindert. An zahlreichen Stellen müssen zwangsläufig stärkere Einschränkungen des Umladegeschäftes erfolgen. Damit wäre dann wieder eine kräftige Verminderung der Rangiergeschäfte verbunden.

Die Stilllegungen und Einschränkungen verteilen sich auf das ganze Reichsbahngebiet. An einer ganzen Reihe von Stellen müssen Personalvermindерungen eintreten. Der Einheitsverband der Eisenbahner ist daher zur Vermeidung von Härten und im Hinblick auf die grosse Arbeitslosigkeit bei der Reichsbahnverwaltung vorstellig geworden, damit die Durchführung der im Stückgutverkehr geplanten Stilllegungen und Einschränkungen wenigstens um einige Monate verschoben wird.

In den Eisenbahnen sind grosse Werte des Reiches festgelegt. In der Wirtschaft wird über Mangel an Betriebskapital geklagt. Ist es wirklich volkswirtschaftlich richtig, durch grosse Kapitalinvestierungen im Kraftwagenverkehr der Reichsbahn schärfste Konkurrenz zu machen und dadurch ihre Rentabilität zu gefährden? Der Wettbewerb des Kraftwagens mit den Eisenbahnen sollte im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse in vernünftigen Grenzen bleiben.

SPD. Bei den Reparationsarbeiten in Frankreich sind noch immer keine einwandfreien Arbeitsbedingungen in Geltung. Für die bei der Moselkanalisierung in Lothringen beschäftigte Arbeiterschaft ist nach Hängen und Würgen ein Tarifvertrag zustande gekommen, der wenigstens den Vorteil brachte, dass die Bauarbeiterschaft ihre Betriebsvertretung hat und ihre notwendigen Versammlungen abhalten kann; ebenso dürfen ihre Gewerkschaftsführer ungehindert auf die Bau-

stellen kommen; sie werden nicht mehr wie früher von den französischen Behörden belästigt. Anders steht es mit den Polierern und Schachtmeistern. Sie kämpfen seit längerer Zeit um dasselbe Recht. Die Unternehmer - Arbeitsgemeinschaft spürt den starken Mann, weil sie Unterstützung durch die französischen Behörden findet; diese haben die Poliere und Schachtmeister usw. aufgefordert, die Tagesordnung für ihre Versammlungen vorher den französischen zuständigen Amtsstellen und der Firma Arbeitsgemeinschaft bekannt zu geben, sowie den Unternehmern einen Versammlungsbericht zu übermitteln. Die Unternehmer und ihre Helfer helfen bei den Behörden möchten die Poliergruppe daran hindern, irgend eine Aktion zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Wie notwendig eine solche Verbesserung wäre, zeigt allein die Tatsache, dass Poliere, Schachtmeister usw. wöchentlich 66 Stunden für einen den Verhältnissen absolut nicht entsprechenden Lohn arbeiten müssen; es wird ihnen für die jeweils geleisteten Ueberstunden über die 66 Stunden Wochenarbeitszeit hinaus und für die Sonntagsarbeit keinerlei Vergütung gewährt.

Der Polier-, Werk- und Schachtmeisterverband hat sich wiederholt bemüht, mit dem Reichsverband industrieller Bauunternehmungen Berlin einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Reichsverband war jedoch hierzu nicht zu bewegen. Da die Unternehmergemeinschaft voraussieht, dass unter diesen Umständen ein Konflikt unvermeidlich ist, sucht sie sich schon jetzt Arbeitskräfte für die Polier- und Schachtmeisterarbeit zu sichern, um rechtzeitig Ersatz zu haben. An alle Poliere, Schachtmeister usw. muss daher dringend die Aufforderung gerichtet werden, bei der Arbeitsgemeinschaft der Moselkanalisierung in Lothringen solange keine Stellung anzunehmen, bis die dort noch immer bestehenden skandalösen Zustände durch einen Tarifvertrag beseitigt sind. Niemand darf den Kollegen bei den Reparationsarbeiten in Frankreich in den Rücken fallen. Poliere und Schachtmeister übt Solidarität!

SPD. Die Verhandlungen zur Entlastung des Danziger Arbeitsmarktes, die in Genf ergebnislos abgebrochen werden mussten, werden zur Zeit in Warschau weitergeführt. Von Seiten der Danziger Delegation wurde bei den Verhandlungen hervorgehoben, dass Polen schon deswegen zu einem Entgegenkommen verpflichtet sei, weil Danzig durch seine wirtschaftliche Verknüpfung mit Polen arbeitsmarktpolitisch nicht genug Ellenbogenfreiheit habe.

Die Belastung des Danziger Arbeitsmarktes hat in weniger konjunkturelle Gründe; sie ist in erster Linie durch den starken Andrang ausländischer, vor allem polnischer Arbeitskräfte hervorgerufen worden. Danzig ging daher mit dem Plan um, den weiteren Zustrom fremder Arbeitskräfte abzusperren und einen Teil der bereits in seinem Gebiet arbeitenden ausländischen Arbeiter auszuweisen. Polen erklärte demgegenüber, die polnischen Arbeiter in Danzig dürften auf Grund der bestehenden Verträge nicht anders als die einheimischen behandelt werden.

SPD. Die Krise in der ostoberschlesischen Eisenindustrie wird von Tag zu Tag bedrohlicher. Der polnische Eisenhüttenverband hat beschlossen, dass seine Betriebe, falls die Konjunktur sich nicht bessere, pro Monat 5 % der Arbeiter, d.h. etwa 1000 bis 1500 entlassen. Die Krise hat auch bereits den Bielitzer Bezirk erfasst. Dort wurden zur Zeit in den Fabriken ebenfalls scharfe Kürzungen der Belegschaftsziffern durchgeführt.

SPD. Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestellten-Bund, Deutscher Gewerkschafts-Bund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände haben am Sonnabend folgende Entschliessung angenommen:

"Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte "Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung" würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbaren Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Oeffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hetze gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, dass, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reichs zurückgegriffen werden muss."

SPD. Die durch das neue Tabaksteuergesetz entstehende Arbeitslosigkeit bedeutet eine weitere schwere Belastung der Arbeitslosenversicherung. Wohl wird die Arbeitslosenunterstützung der Tabakarbeiter aus Reichsmitteln erhöht, soweit sie nicht 75 % des Arbeitsverdienstes erreicht, allein die Hauptverpflichtung fällt doch der Reichsanstalt zu...

Der "Deutsche" ist der Meinung, dass infolge der Verkoppelung der Unterstützung der mit der Arbeitslosenversicherung die klare Absicht des Reichstags, den Tabakarbeitern eine Unterstützung von 26 Wochen zu gewähren, wieder aufgehoben und unter Anwendung des § 90,3 des AVAVG auf 9 Wochen gedrückt sei. Diese Auffassung ist nicht richtig. Im Artikel 7 der neuen Verordnung ist ausdrücklich bestimmt, dass die Unterstützung bis zur Höchstdauer von 156 Arbeitstagen zu gewähren ist. Der § 90 Abs. 3 AVAVG behandelt die Frage unter welchen Bedingungen der Unterstützte nach Ablauf von neun Wochen verpflichtet ist, Arbeit anzunehmen. Das Gesetz zur Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 22.12.29 besagt hierüber nur, dass die Arbeit "angemessen" sein muss. Zur Ausführung dieser Vorschrift hat die Reichsregierung in Art. 4 Abs.3 der Verordnung vom 21.1.30 den § 90 AVAVG für anwendbar erklärt.

Der "Deutsche" könnte im übrigen wissen, dass im Jahre 1925 schon einmal eine Sonderunterstützung für die Arbeitnehmer des Tabakgewerbes eingeführt wurde. Damals schrieb der frühere den christlichen Gewerkschaften nahestehende Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in die Ausführungsbestimmungen hinein, dass die Sonderunterstützung dann zu versagen oder zu entziehen sei, wenn nach den Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge die Erwerbslosenunterstützung versagt oder entzogen werden müsse. Dabei waren damals die Vorschriften über die Pflicht der Arbeitslosen zur Annahme von Arbeit weit schärfer als heute.

Wirtschaft Technik Handel

Lage an den Getreidemärkten.

(Grosse Bestände für's neue Jahr. - Frankreich zahlt Weizenexportprämien.)

SPD. Der Weizenmarkt wird um diese Zeit in der Regel durch den Ausfall der argentinischen Ernte beeinflusst. Hier darf man diemal mit niedrigen Ziffern rechnen. Die amtliche Ernteschätzung von Ende Januar lautete auch niedriger als die von Ende Dezember. Einfluss auf die Preisentwicklung hat das nicht gehabt. Man hört auch, dass die argentinischen Exporteure trotz der erwähnten kleinen Ernte ziemlich stark und zum guten Teil unverkauft verfrachten. Ausserdem nehmen die Bestände in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur langsam ab. Soweit Kanada in Frage kommt, liegen allerdings bisher nicht näher begründete Nachrichten über eine finanzielle Schwäche des kanadischen Weizenpools vor, die es ihm noch schwerer machen dürfte, demnächst das Angebot zu regulieren. Man will auch wissen, dass man der kanadischen Regierung den Vorschlag gemacht hat, die gesamte Weizenernte wie im Kriege zu übernehmen. Trifft das zu, dann muss es um den Pool und seine Experimente auf dem Weizenmarkt immerhin nicht besonders gut bestellt sein.

Das entscheidende Moment auf dem Weizenmarkt ist die Zurückhaltung der europäischen Zuschussgebiete. Die Kauflust steht hier auf einem niedrigen Stand. Vor allem fallen die wichtigsten Verbraucher, Frankreich und Deutschland, so gut wie ganz aus. In Deutschland erklärt sich das durch den Beimahlungszwang von Inlandsweizen; die 50%ige Beimahlungsquote ist ja auch für den Monat Februar vorgeschrieben worden. Hingegen war die Ernte in Frankreich so gut, dass Frankreich (einschliesslich Nordafrika) seinen Bedarf aus eigener Ernte decken kann. Frankreich ist auch dem üblen Beispiel, das Deutschland der Welt durch seine Roggenexportprämien (Einfuhrscheine) gegeben hat, gefolgt und prämiert seine Weizenausfuhr durch Einfuhrscheine. Die Folge ist, dass man schon seit längerem französischen Weizen auf sämtlichen europäischen Märkten findet und zwar zu billigsten Preisen. Ausserdem hat sich die Kauflust der aussereuropäischen Gebiete als äusserst gering, auf jeden Fall geringer erwiesen als man ursprünglich angenommen hatte. Deshalb rechnet man damit, abermals mit grossen Beständen ins kommende Erntejahr hineingehen zu müssen. Das drückt auf die Märkte und auf die Preisentwicklung.

Dazu kommt der gute Stand der Saaten. In England und Frankreich klagt man über zu grosse Nässe, Nordamerika hat aber genügend Schnee gehabt. Ohne Schnee blieben Mittel- und Südeuropa. Von Schäden wird jedoch bis jetzt nicht berichtet.

Auf dem Roggenmarkt hat sich das deutsch-polnische Abkommen bis jetzt nicht auswirken können. Das erklärt sich dadurch, dass das Abkommen seit kurzer Zeit in Kraft ist; verfehlt - auch aus anderen Gründen - ist es, die Versuche nach dieser Richtung als untaugliche Mittel verwerfen zu wollen. Gegenwärtig wird in Warschau über ein definitives Abkommen verhandelt, das, wenn sich die Dinge erst mal eingespielt haben, zweifellos Wirkungen zeigen wird, wenn man auch die restlose Lösung der Roggenfrage, die eine Frage der Anbaueinschränkung ist, davon nicht erwarten kann. Die deutsch-polnischen Versuche sind auch durch den russischen Export zum Teil durchkreuzt worden. Mit diesen russischen Exporten wird man aber wohl in Zukunft zu rechnen haben. Nun ist der russische Roggen beste Ware, besser als der deutsche Roggen. Er stellt so keine eigent-

liche Konkurrenz für den deutschen Roggen auf dem Auslandsmarkt dar. Aber er vergrößert das bisher nur aus Amerika vorliegende Angebot von erstklassigem Roggen (Westernroggen). Das hat zur Folge, dass die ausländischen Verbraucher weniger auf den deutschen Roggen abgedrängt werden. In diesem Zusammenhang dürfte interessieren, dass der lange künstlich hochgehaltene Preis für amerikanischen Roggen sich in den letzten Wochen scharf abflachte, wodurch er gegenwärtig der Parität der anderen Arten einigermaßen angepasst ist.

Der Weizenpreis hat sich an der Berliner Börse im neuen Jahr abermals gesenkt und zwar beträgt der Verlustsaldo etwa 15 Mark pro Tonne (von rund 250 Mark Anfang Januar auf etwa 235 Mark im ersten Drittel Februar). Man kann bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass der Beimahlungszwang diesen Preissturz nicht verhindern konnte. Der Landwirt bezahlt also die Tatsache, dass man Weizen in Deutschland spazieren fährt. Die Brotpreise sind von den Vorgängen an der Börse kaum berührt worden; vielmehr rühmen sich die Bäckermeister, den "Brotpreis stabil" zu halten, was man schon anerkennen muss; leider wird er aber überteuert stabil gehalten.

Der Roggenpreis senkte sich im neuen Jahr, Berliner Börse, von etwa 168 bis 170 Mark auf unter 160 Mark. Im Westen Deutschlands hat man eosinierten Roggen angeboten. Es handelt sich hier um ein Experiment, den Roggen durch Färbung für den menschlichen Genuss zu sperren, um ihn verbilligt als Futtermittel zu benutzen. Über die Erfolge, wobei es sich natürlich nur um kleinste Teilerfolge handeln kann, liegen keine Nachrichten vor. An der Berliner Börse geht die Stützung durch die Agenturen des Scheuerkonzerns weiter und man kann wohl, wenn der Roggenpreis sich heute noch um 160 Mark pro Tonne hält, diese Tatsache auf die Stützung zurückführen. Allerdings wird durch die Stützung sehr viel Material nach Berlin gezogen, was wiederum auf die Preisbildung drückt.

SPD. Nach dem Geschäftsbericht der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) für das Jahr 1929 hat sich der gesamte Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches von 30,2 Milliarden Mark im Jahre 1928 auf 34 Milliarden erhöht. In erster Linie entfällt die Umsatzsteigerung auf das Geldgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Die Rohgewinne liegen mit 11,6 gegen 10,5 Millionen erheblich über den Ziffern des Vorjahres, dagegen ist der Reingewinn mit 4,8 gegen 5,1 Millionen geringer geworden. Dies hängt mit einer starken Erhöhung der Verwaltungsausgabe von 4,8 auf 6,3 Millionen zusammen, da im Berichtsjahr rund eine Million rückständige Gewerbesteuern zu zahlen waren. Vom Reingewinn werden diesmal entsprechend der Bestimmung des Preussischen Staatshaushaltes 2 Millionen, also das Doppelte des Vorjahres, an die Generalstaatskasse abgeführt. Weitere zwei Millionen werden dem Kapital überwiesen, das sich damit auf 17 Millionen erhöht. 500 000 Mark wurden zur Auffüllung der Reserven auf 7,5 Millionen verwendet. Seit 1928 konnte also das Eigenkapital der Preussischen Staatsbank von 18 auf 24,5 Millionen erhöht werden.

Zur Zinspolitik führt der Geschäftsbericht aus, dass die Zinssätze der Staatsbank auch im Berichtsjahr fast regelmässig unter denen des allgemeinen Geldmarktes lagen. Die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen, die sich schon im Vorjahre von 1,05 auf 0,98 Prozent gesenkt hatte, verringerte sich weiter auf 0,93 Prozent. Bezeichnend für die vorsichtige Kreditpolitik der Seehandlung ist, dass sie bei den 195 Bank- und Bankierzusammenbrüchen des letzten Jahres nur in vier Fällen beteiligt war. Verluste sind der Staatsbank nur in einem einzigen Falle in Höhe von 100 000 bis 200 000 Mark entstanden.

Als Neuerung im Geschäftsverkehr mit den staatlichen Unternehmen führte die Bank mit Genehmigung des Finanzministers den Wechselkredit für die preussischen Staatsbetriebe ein. Im Reichs- und Staatsinteresse sind im Berichtsjahr von der Seehandlung keine grösseren neuen Darlehen ausgegeben worden. Ausgenom-

men hiervon sind Kredit für ländliche Siedlung und Bevorschussungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf Grund später eingehender Hauszinssteuermittele zur Belegung der Neubautätigkeit. Die bereits in früheren Jahren ausgeliehenen Wirtschaftskredite sind den Kreditnehmern im laufenden Jahr zum grössten Teil belassen worden. Es handelt sich hauptsächlich um Darlehen für den Mittelstand in den besetzten Gebieten und den Ostprovinzen, sowie um Zwischenkredite an öffentlich-rechtliche Kreditanstalten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Bezeichnend für den wachsenden Notstand unter den breiten Massen der Bevölkerung ist das weitere Zunehmen des Pfänderverkehrs beim staatlichen Leihamt. Im Berichtjahr haben sich die Versatzgeschäfte von 153 151 auf 169 467 (um 10,6 Prozent) erhöht. Der Pfandverkehr ist seit 1925 um 68,3 Prozent auf fast 332 000 Pfänder gestiegen. Dass es sich hierbei um einen ganz schweren Notstand handelt, zeigt der durchschnittliche Leihbetrag des Pfandbestandes von 51 Mark.

SPD. Auf Vorstellung aus landwirtschaftlichen Kreisen hat das Finanzministerium von Mecklenburg-Schwerin beschlossen, den Landwirten die am 15. Februar fällige vierte Vierteljahresrate der Landessteuern zu stunden und zwar in der Form, dass der fällige Betrag in Teilraten bezahlt werden kann.

SPD. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat den Zinssatz für kurzfristige Personalkredite mit Wirkung vom 5. Februar ab um $\frac{1}{2}$ % ermässigt.

SPD. Was die kapitalistischen Kämpfe der Wirtschaft kosten, zeigt der Abschluss der Riebewerke. Die Lage des Unternehmens hat sich gebessert. Der Fabrikationsgewinn erhöhte sich von 770 000 Mark auf 1,14 Millionen Mark. Die Abschreibungen betragen 290 000 Mark gegen 320 000 Mark im Vorjahr. Die Bankschulden wurden von 1,3 Millionen auf 518 000 Mark verringert. Es bleibt ein Restverlust von 230 000 Mark.

Das Unternehmen ging seinerzeit aus den Händen des Kahnkonzerns auf die Kugellagergruppe SKF Norma-Fichtel & Sachs über. Der Übergang war von heftigen Kämpfen begleitet, die sich zum Teil vor den Gerichten abwickelten. Schliesslich schloss man einen Vergleich. Im Abschluss der Riebewerke werden nun rund 200 000 Mark für Prozessforderungen zurückgestellt. Mit diesen 200 000 Mark hätte man einen wesentlichen Teil der Abschreibungen bzw. des Restverlusts tilgen können. Dabei sind die 200 000 Mark nur ein Teil der entstandenen Kosten. Das kapitalistische Spiel ist schon eine sehr teure Angelegenheit!

SPD. Die Reichselektrowerke werden, wie im Vorjahr, eine Dividende von 8 % ausschütten. Die Stromabgabe steigerte sich im verflossenen Geschäftsjahr um 300 Millionen Kilowattstunden auf 2,3 Milliarden. Zu gleicher Zeit wird mitgeteilt, dass der Umbau von Zschernowitz beendet ist. Zschernowitz wird mit Trattendorf und Lauta 730 000 kwh liefern, was etwa einer Million PS entspricht. Davon entfallen auf Lauta 130 000, auf Trattendorf 160 000 und auf Zschernowitz 440 000. Zschernowitz ist damit das grösste europäische Elektrizitätswerk.

Roggen leicht befestigt.

(Berliner Getreidebörse vom 8. 2. 30).

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Sonnabend sehr ruhigen Wochenendverkehr. Die Lage hat sich kaum verändert. Namentlich eröffnete der Markt der Zeitgeschäfte zu fast unveränderten Kursen; im Verlaufe konnten sich indes die Roggennotierungen leicht befestigen. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot an Weizen und Roggen weiter ausreichend, wenn es auch in Weizen vielleicht nicht mehr ganz so reichlich wie an den Vortagen war. Vielfach versuchten die Verkäufer etwas höhere Forderungen durchzusetzen, was jedoch nicht immer gelang. Roggen war weiter ausreichend am Markte und wurde von den Stützungsstellen aufgenommen. Mehl hatte sehr kleines Konsumgeschäft in beiden Sorten zu unveränderten Preisen. Am Hafermarkt blieb die Tendenz stetig. Die Umsätze bewegten sich in normalen Grenzen.

	7. Februar	8. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	234 - 237	234 - 237
Roggen	157 - 163	157 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	138 - 147	138 - 147
Hafer	123 - 133	123 - 133
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,00-34,75	28,00-34,75
Roggenmehl	21,00-24,50	21,00-24,75
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	8,00- 8,25	8,00- 8,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 248 plus Brief (Vortag 248), Mai 259 $\frac{1}{2}$ (259 $\frac{1}{2}$), Juli 270 Brief (269 $\frac{1}{2}$). Roggen März 171 $\frac{1}{2}$ (171 1/4), Mai 180-179 $\frac{1}{2}$ -180 (178 $\frac{1}{2}$), Juli 182 1/4-182 $\frac{1}{2}$ (171 $\frac{1}{2}$). Hafer März 136 $\frac{1}{2}$ (137), Mai 142 $\frac{1}{2}$ -143 plus Brief (144 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 8. Februar: I. 158 Mark, II. 143 Mark, III. 127 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Unter Führung der Commerz- und Privatbank ist in Berlin die Fernschreiber A.-G. mit einem Kapital von 2 Millionen Mark gegründet worden. Aufgabe des Unternehmens ist vorerst die Verbreitung von Börsen- und Handelsnachrichten. Von besonderem Interesse ist, dass der Aufsichtsrat der Fernschreiber A.-G. durch Vertreter der Grossbanken, des Siemenskonzerns und der Firma Lorenz gebildet wird. Der entsprechende Nachrichtendienst liegt also in den Händen dieser Leute. Der Gründung ging ein heftiger Kampf voran. Die Fernschreiber A.-G. hatte nämlich einen Vorläufer in der Ticker-Dienst G.m.b.H. Diese bezog die Apparate von der Creed and Company Ltd. of Croydon, die zum Konzern der mit der AEG verbündeten International Telephone & Telegraph gehört. Während des Kampfes zwischen Siemens und der AEG machten sich die deutschen Interessenten selbständig und zwar mit Hilfe von amerikanischen Patenten, die die Firma Lorenz erworben hat. Wie es heisst, will die Telephon & Telegraph Corporation zu einer Gegenründung schreiten.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 8. Februar 1930.

Das Gericht berät.....^x

SPD. Johann Wewerka, Hilfsarbeiter, seit zehn Monaten arbeitslos, steht vor einem Schöffensenat unter der Anklage der Urkundenfälschung. Das Arbeitslosenamt hat ihm drei Wochen lang eine höhere als die gebührende Unterstützung ausbezahlt, und Johann Wewerka hat die Bleistifteintragungen auf der Meldungskarte verbessert, damit das Amt seines Irrtums nicht gewahr würde. Aber noch gibt es Gerechtigkeit in Oesterreich! Heute hat eine ehrenwerte Versammlung von vier Männern, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem beisitzenden Richter und zwei Schöffen, von denen der eine Privatbeamter, der andere Selchermeister von Beruf ist, über die Untat des Wewerka zu urteilen. Der Herr Staatsanwalt hat seine Sache kurz gemacht; er hat obnehin schon ungebührlich lange auf die heißen Frankfurter, die seiner beim Buffet harren, warten müssen. Johann Wewerka wird abgeführt. Der Senat hat sich zur Beratung zurückgezogen....

"Schauderhafte Hitze heute. Sie gestatten doch, meine Herren!" Mit diesen Worten leitet der Vorsitzende die Beratung ein, indem er Talar und Rock auszieht. "Da hab' ich heut' einen glänzenden Witz gehört, meine Herren, den muss ich ihnen erzählen. In ein Büro kommt eines Tages ganz unvermutet der Chef. Die Leut' arbeiten natürlich nix, und der Buchhalter.... Wie, nach Millstadt fahren Sie, Herr Kollege? Ja, ja, unsereiner kann sich das nicht leisten, wenn man nur vom Gehalt leben muss.... Also was machen wir mit dem Wewerka? Wieviel geben wir ihm, meine Herren?" - "Ich glaub' halt," bemerkt schüchtern der Schöffe Edelhuber, "man liest so viel von unwiderstehlichem Zwang oder wie man so sagt Und der Mann hat doch eine Frau und zwei Kinder erhalten müssen. Von zwanzig Schilling in der Woche. Ich wär' fast für einen Freispruch...." - "Aber Herr Edelhuber, Sie sind heut' das erste Mal hier, nett wahr", lächelt mitleidig der Vorsitzende, "das sind doch, Sie entschuldigen schon, typisch laienhafte Vorstellungen. Unwiderstehlicher Zwang, wo er die Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. No und überhaupt....". Der fürwitzige Schöffe knickt sichtlich ein. "No, ich hab' halt nur g'meint, Herr Hofrat", sagt er verlegen. "Ja, also, dass ich mit dem Witz fertig werd'", setzt Herr Hofrat fort, "wo bin ich denn stehen geblieben? Also, die Leut' arbeiten natürlich nix, und der Herr Buchhalter steht am Fenster und pfeift. Wie der Chef kommt, hört er gleich mit'm Pfeifen auf, aber der is ganz aufgebracht. Die Geschäfte gehn hundsmiserabel, und er schreit den Buchhalter an. Was glauben Sie eigentlich, sagte er.." - Die unaufmerksamen Schöffen haben begonnen, sich über die Frage der dem Wewerka gebührenden Strafe auseinanderzusetzen und werden vom Vorsitzenden mit sanfter Mahnung zurechtgewiesen. "Aber, meine Herren Schöffen, mit dem Wewerka werden wir die Sache schon auf gleich bringen.... Jetzt hörn'S lieber zu. Das ist ein ausgezeichnete Witz und dabei typisch für unsere Verhältnisse... Also, der Chef sagt zum Buchhalter: "Ich hab' Ihnen schon hundertmal verboten, bei der Arbeit zu pfeifen...."

Inzwischen steckt der Herr Staatsanwalt, der seine Würstel verzehrt hat, den Kopf ins Beratungszimmer. "Ja, also der Wewerka... Der Herr Staatsanwalt wird uns ungeduldig.... Im G'setzbüchl. steht ein Strafausmass von ein bis fünf Jahren..." - "Aber das ist doch entsetzlich", platzt der Schöffe Edelhuber heraus, "ich mein' halt, ein Monat Arrest wär' doch schon sehr viel für den armen,

Teufel...."

Der arme Teufel sitzt inzwischen im versperrten Anklageraum und zählt die Sekunden. Tausendvierzehn, fünfzehn, sechzehn.... Was die nur so lang' zu beraten haben.... Wenn ich in den Arrest muss, tut sich die Mizzl noch was an... Tausend=siebzehn, achtzehn, neunzehn.... Wenn sie mir nur a bedingte Straf' geben tuten... Ich mücht' jetzt a jede Arbeit gern nehmen. Nur wegen der Mizzl.... Tausend=zwanzig, einundzwanzig....

Der Herr Hofrat hält dem Schöffen Edelhuber eine kleine Predigt. "Wir sind hier, um Gerechtigkeit zu üben, Herr Edelhuber, und wir müssen uns an das Gesetz halten..." Der Schöffe Gschwandtner ist für drei Monate. Er schlägt immer drei Monate vor, wenn er sich nicht recht auskennt und lässt dann mit sich reden. "Also, das könnten wir machen", nickt der Vorsitzende, "und was meinen Sie Herr Kollega?" Der Herr Kollega fährt zusammen, denn die laute Stimme des Herrn Vorsitzenden hat ihn aus süßem Schlummer geweckt. "Machen wir halt einen Vier- undfünfziger", sagt er verschlafen, "er war ja brav bei der Verhandlung. Drei Monat' verschärft, sagen wir halt.... Mit der bedingten is nix... Der Mann hat a Vorstrafen..." - "Also, einverstanden, meine Herren?" schliesst der Herr Hofrat, "drei Monate verschärft... Ausserordentliches Milderungsrecht..." Schöffe Edelhuber widerspricht nicht. Er hat sich so eine Beratung anders vorgestellt, als er heute Morgen solz den Talar anzog. Ausserordentliches Milderungsrecht, immerhin.... Der Schöffe Gschwandtner ist ein wenig eingebildet darauf, dass der Gerichtshof sich seinen Vorschlag zu eigen gemacht hat. "Herr Hofrat werden schor am besten verstehen...", antwortet er. Aechzend schlüpft der Vorsitzende wieder in Sakko und Talar. "Also verkünden wir halt das Urteil. Jessas, is das a Hitz' heut.... Der Wewerke kann zufrieden sein. Gehn wir, meine Herren!"

Der Vorsitzende drückt auf einen Klingelknopf. Dies hat die Wirkung, dass Johann Wewerka, der inzwischen bis Zweitausendsiebzig gezählt hat, mit dem Zählen aufhört und sich in den Verhandlungssaal führen lässt, dass der Herr Staatsanwalt seine Zigarette in den Spucknapf wirft und die Rechtsanwälte, die bei der folgenden Verhandlung zu tun haben, herbeistürzen. "Na so was," bemerkt der Vorsitzende, indem er sich auf den Weg macht, "da hab' ich Ihnen den Witz gar net zu End' erzählt. Ich hab' Ihnen schon hundertmal verboten, sagt der Chef zum Buchhalter, bei der Arbeit zu pfeifen. Aber Herr Chef, erwidert der Buchhalter, ich arbeit' ja nicht, ich pfeif' bloss.... Ausgezeichnet, nicht, ha, ha, ha.... Stehen Sie auf, Angeklagter! Im Namen der Republik. Das Landesgericht für Strafsachen.... zu Recht erkannt.... in der Dauer von drei Monaten, verschärft durch ein hartes Lager monatlich.... Nehmen Sie die Strafe an, Angeklagter?"

Im Zuhörerraum ist eine blasse Frau mit gellendem Aufschrei zusammengebrochen. "Machen Sie hier kein Theater! Die nächste Verhandlung...."

Leo Korten (Wien).

Der Onkel.^x

Von Maurice Dekobra.

SPD. Liane de Chevrement entstieg ihrem schwarzweissen Cabriolet bei einem vornehmen Schneideratelier, vor dem ein Greis die Autos bewachte. Mit dem Öffnen und Schliessen der Wagentüren verdiente er täglich einige Sous. Er trat an den luxuriösen Wagen der schönen Kurtisane und half ihr beim Aussteigen. Liane, die ein gutes Herz hatte, entnahm ihrem Täschchen einen Geldschein, wandte sich dem Alten zu und unterdrückte einen Aufschrei der Ueberraschung: "Adhémar! Der Greis zitterte, sah der hübschen Frau ins Gesicht und stotterte: "Liane, Sie sind es... Sie... oh!" Sie bestieg rasch wieder das Auto, und lud den Greis ein, sich an ihre Seite zu setzen, und befahl dem Chauffeur, ins Wäldchen zu fahren.

Das Schicksal hatte Herrn Adhémar Montillac und eine seiner ehemaligen Geliebten zusammengeführt. Als er noch reich war, hatte Adhémar die kleine Liane gekannt, die einst in den Revuen der Music-Halls als Girl aufgetreten war. Während vier Jahren hatte er sie mit Gold und Geschmeide behängt. Sein Verhältnis mit diesem schönen Geschöpf mit seiner elfenbeinfarbenen Haut unter schwarzen Locken war überall bekannt gewesen. Dann hatten sie sich getrennt. Adhémar hatte sein Vermögen verloren. Das Spiel, die Liebe, die künstlichen Paradiese hatten ihn zu einem Wrack gemacht; und durch immerwährenden Schiffbruch war er dem schlimmsten Elend anheingefallen.

Im Wagen sitzend betrachtete er mit Rührung die Frau, die trotz ihrer Vierzig immer noch in Charme und Schönheit erstrahlte. Er beantwortete ihre Fragen mit dem Fatalismus eines orientalischen Bettlers, der sich nichts mehr von dieser grausamen Welt erhofft und sich mit der Erinnerung an seinen einstigen Glanz begnügt. "Mein armer Adhémar!" sagte Liane mitleidig. "Wie konnte es nur geschehen, dass du so tief sinken musstest?"

"Ich habe zu heftig an der Leine des Glücks gezerrt. Sie ist zerrissen."

"Es schmerzt mich, dich in diesem Verfall zu sehen, dich, den ich in seinem Glanz gekannt."

Während das Auto durch die Alleen des Bois rollte, liessen sie die Vergangenheit Revue passieren, das entflozene Glück ihres Verhältnisses, die Freuden, die sie vor zwanzig Jahren genossen. Adhémar fragte nun auch Liane. Ob sie immer glücklich gewesen? Ob das Leben für sie immer nur sein Lächeln und seine Zärtlichkeiten bereit hatte? "Ich kann mich nicht beklagen", antwortete Liane. "Gobrichon gibt mir immer noch 15 Tausender im Monat. Du weisst doch: Gobrichon der Gasofenfabrikant. Dabei ist er nicht einmal allzu langweilig. Aber du, armer Alter, wie gedenkst du dich aus dem Dreck zu ziehen?"

"Gar nicht. Das Pech ist ein Bulldogg. Wenn's dich beim Kragen hat, lässt es dich nicht mehr los."

"Es drückt mich, dich hier so elend zu sehen. Komm mit mir nach Hause! Wir können dort besser plaudern."

Liane hatte in der Rue Washington eine prachtvolle Wohnung. Nachdem sie Adhémar Tee und Süßigkeiten vorgesetzt hatte, begann sie: "Hör mich an, ich will dir einen Vorschlag machen. Früher, als ich noch ein kleines Nichts war, hast du mir geholfen, du hast mich gestützt, du hast mich lanciert. Was ich heute bin, verdanke ich dir. Jetzt ist's an mir, dir meine Dankbarkeit zu beweisen. Du bist ein Mann von Erfahrung. Viel Geld ist durch deine Hände gegangen. Nun könntest du mir helfen, indem du mich berätst, wie ich mein Geld am besten anlegen soll. Gobrichon gibt mir mehr, als ich brauche. Du sollst mein finanzieller Berater sein. Willst du?"

Sie plauderten noch sehr lange an diesem Abend. Und sie kamen überein, dass Liane Herrn Gobrichon ihren Freund Adhémar als einen alten, ruinirten Onkel vorstellen sollte, der sie in Geldangelegenheiten beraten und ihr Kapital ökonomisch verwalten sollte.

Acht Tage später betrat Lianes finanzieller Ratgeber ihren Salon. Er war nicht wiederzuerkennen. In dem schwarzen Anzug, den ein früherer Liebhaber der Kurtisane bei ihr vergessen hatten, an den Füßen Lackhalbschuhe, hatte er Mühe, sich selbst zu erkennen. "Guten Tag, Don Juan", sagte Liane, indem sie ihn zärtlich auf die Wange küsste. "Ich habe dich heute abend eingeladen, weil ich von Gobrichon eine kleine Summe erhielt, die man nicht unverzinst liegen lassen sollte."

"Wieviel?"

"20.000 Francs. Hier sind sie. Ich vertraue sie dir an. Sagtest du mir nicht, dass du von einer vorteilhaften Kapitalsanlage weisst, die mir 15 % bringen würde?"

"Ja, lass mich nur machen! Ich glaube, ich habe eine Ueberraschung für dich. Am folgenden Morgen wartete sie vergeblich auf Adhémars Besuch. Am nächstfolgenden wurde sie unruhig. Am dritten Tag hatte sie schwarze Gedanken. Endlich

am vierten Tage, vor dem Diner, meldete die Kammerzofe: "Der Onkel von Madame ist da," Liane beeilte sich; in den Salon zu gelangen und fand hier einen lächelnden, strahlenden Adhémar. "Endlich, da bist du ja!" rief Liane aus. "Ich fragte mich schon, was wohl aus dir geworden sei."

"Liane!" erwiderte Adhémar vorwurfsvoll, "Du hast doch hoffentlich keine Minute daran gedacht, dass ich dir mit deinen Lanknoten durchgegangen sei!?"

"Nein, nein!"

"Du hättest mir bitter Unrecht getan. Denn ich habe deine 20.000 ausgezeichnet angelegt. Sieh her!" Und Adhémar zog ein Portefeuille aus seiner Tasche und breitete auf Lianes Knien 80.000 Francs aus. "Was? 80.000 Francs? Das ist ja verrückt", stotterte Liane. "Wie hast du das gemacht...oh..."

"Beruhige dich nur; ich habe sie nicht gestohlen. Ich hatte dir wenigstens 15 % versprochen, aber ich bringe dir 400 Prozent. Gesteh, dass ich als finanzieller Berater nicht auf den Kopf gefallen bin!"

"Aber das ist ja ganz unglaublich! Erkläre mir doch..."

"Wozu denn, meine kleine Liane? Was kümmern dich meine Spekulationen? Du wirst mir das Vergnügen machen, morgen diese 80.000 Francs auf dein Konto beim Crédit Lyonnais zu bringen."

Liane warf sich ekstatisch an den Hals ihres guten Onkels und rief aus: "Du bist ein Teufelskerl! Das wollen wir mit einer Flasche Extra dry begiessen!"

Am Montag der folgenden Woche, als Liane gerade ihrem grossen Bett entstieg, brachte die Kammerzofe ihre Post. Sie enthielt einen Brief von Herrn Gobrichon. Ein wenig überrascht entfaltete ihn Liane und las: "Meine teure Liane! Der Zufall wollte es, dass ich gestern, als ich ein paar Worte an Ihrem Schreibtische schrieb, eine Empfangsbestätigung des Crédit Lyonnais bemerkte, derzufolge Sie 80.000 Francs auf Ihr Konto erlegt haben. Da diese grosse Summe nicht von mir stammt, bin ich zu dem Schluss gelangt, dass der alte, ruinierte Onkel, den Sie mir gestern vorgestellt haben, weder ein alter, noch ein ruiniertes Onkel ist; dass er sich vielmehr mit mir in das Vergnügen teilt, Sie glücklich zu machen. Es wird Sie also nicht wundernehmen, wenn ich künftig diesem Mäzen die Sorge um Ihre Zukunft überlasse. Weil ich also für Sie, meine kleine Liane, nur die Schale gewesen bin (während ich so sehr erwünscht hätte, für die Frucht gehalten zu werden), sage ich Ihnen hiermit Lebewohl! Emmanuel Gobrichon."

Liane las den Brief bestürzt wieder und wieder. Dieser Schlag war hart. Ihr Kammerzofe musste sie mit Aether laben und eine Stunde lang massieren. Plötzlich läutete es. Adhémar betrat das Zimmer und wunderte sich über Lianes Niedergeschlagenheit. Sie überreichte ihm wortlos den Brief. Nachdem Adhémar seinen Inhalt zur Kenntnis genommen hatte, rief sie aus: "Das ist deine Schuld, alter Dummkopf!"

"Wie? Was? Meine Schuld?!"

"Aber gewiss! Wenn du mir mein Geld mit 15 % verzinst hättest, wäre nichts dergleichen geschehen!"

"Das ist aber stark! Du machst mir noch Vorwürfe, weil ich dir 60.000 Francs eingebracht habe?"

"Ja, weil ich nun durch dich diese gute Kundschaft verloren habe. Wenn du mir jedesmal, wenn ich dir 20.000 Francs anvertraue, 80.000 zurückbringen würdest, möchte ich mich darüber ja nicht beklagen. Aber bist du auch sicher, in Zukunft immer so glücklich zu operieren?"

Adhémar senkte den Kopf mit skeptischer Miene und antwortete schlicht: "Nein, sicher bin ich dessen nicht, weil ich das Geld im Baccarat gewonnen habe."

(Deutsch von Hans Blum.)

Die Vertriebenen.^x

SPD. Wenn man aus der Stille seiner Wohnung in die belebte Strasse hinuntersteigt, dann schlägt der Lärm der Stadt wie Wellen über die Gedanken. Die Autos bellen, die Räder fauchen, eine Achse knurrt, und die Bahnen zischen wie Schlangen auf dem Bauche gleitend über die Schienenstränge. Irgendwo brummt ein Omnibus, der schwerfällig gleich einem Eisbären über den Asphalt taumelt. Und das Auge sieht zwischen den rotblutenden Lampen das Sternendach nicht, das hoch über der verschneiten Stadt seinen samtigen Giebel breitet.

Der Schnee unter meinen Füßen ist weich und seiden wie das Gewand einer Frau. Die vereinzelt Schneeflocken, die noch herniederwehen, berühren meine Schläfe mit Mädchenhänden. Aber mit einem Male durchrieselt es mich eisig; eine Flocke hat mein Auge getroffen und ist zwischen Wimperhaaren und Lid haften geblieben; ich bin wie gestorben.

Vor meinem Herzen dehnt sich eine weisse, unendliche Steppe. Menschen ziehen darüber hin. Sie tragen Lasten auf ihrem Kopfe. Sie ziehen gegen Norden. In der Ferne ragt eine Felsklippe. Dort muss das Meer sein. Aber es ist alles Eis und Schnee und Steppe. Und die Sonne, die ihnen zu Häupten kämpft, verblutet hinter matten Witwenschleiern. Es ist ein brennendes Feuer hinter den Gedanken der Welt; das kann nicht hindurchscheinen und kann nicht wärmen Mensch und Kreatur, die über die Steppe wandern Nacht und Tag. Die heimatlos sind und hinsinken am Wege, während die anderen vorbeiziehen und weiterwanken. Frauen sind dabei; die haben schwarze, zerfurchte Hände, die vom Dufte der südlichen Erde zerquält sind. Knaben gehen mit ihnen; die haben grosse, brennende Augen, die von den Sonnenweiten des Kaukasus durchschauert wurden. Mädchen tragen noch das weisse Lammfell der Herden, die sich zurücklassen mussten, um ihre schmalen Schultern, und die Greise und Männer haben harte Sohlen von dem Felsgestein ihres Hochlandes. Werden die Vertriebenen an der Küste das Floss finden, das ihnen ihre vorausgeeilten Brüder von Finnland herübersenden wollten? O, diese kummervolle Weltwende! Diese erstarrte Erde! Diese Trostlosigkeit und Verlassenheit! Mit dem heissen Atem seines Lebens dürstet der Mitleidige, jenen zu helfen, die Gewalt und Schwert aus warmer Geborgenheit vertrieb, und er verflucht die Hartherzigen, schreit, streckt die Hand aus und -

"Sehen Sie nicht, wo Sie gehen?" sagt eine raue Stimme.

Da stehe ich still. Die Schneeflocke in meinem Auge ist zerschmolzen, und ein warmer Tropfen läuft langsam gleich einer Träne über meine Wange.

Walter Meckauer.

"Feine Kunden."^x

SPD. In meinem Stamm-Café ist der Ober von meinen Wünschen besser unterrichtet als zu Hause meine Frau. Er kennt die Menge des Zuckers und die Sahne, die ich zum Kaffee schätze, genau und bringt mir stets die richtige Zeitung. Gestern nun kommt er, setzt alles säuberlich vor meinen Platz, doch mein Leibblatt fehlt. Verlegen hüstelnd erklärt er mir, das Blatt sei zweifellos gestohlen worden; den ganzen Laden, die hintersten Winkel habe er durchsucht, an jedem der spärlich besetzten Tische Nachfrage gehalten. Nirgends fand sich der Zeitungshalter, der Holzarm mit daran genietetem Drahtgestell. Das ganze Monstrum einschliesslich des Blattes war auf und davon, Opfer eines fanatischen Lesers.

"Wenn so eine Dieberei nicht komisch ist..." meinte ich, und der Cafékellner stimmte mir zu. Ja, er könne durch Aufzählung weiterer Fälle meine jetzt ein-

setzende Sammlung erstaunlicher und scheinbar durch nichts gerechtfertigter Diebereien fortsetzen. Vor wenigen Tagen, so berichtete er, sei ein schweres, dreibändiges Adressbuch gestohlen worden. Das Nachschlagewerk hatte direkt neben dem Stände der Garderobenfrau auf einem Tisch ausgelegen. Die Angestellte will den Dieb beim Verlassen des Lokals beobachtet und sich über die sonderbare Schwellung seines Paletot gewundert haben. Noch während ihrer Ueberlegungen sei der Herr verschwunden gewesen, und sie könne sich seines Aussehens nicht mehr genau entsinnen. Eine Viertelstunde später - ein Gast wollte eine Adresse nachschlagen - suchte man die schweren Bände und fand keine einzige Seite, nicht ein mal das gesondert gebundene Branchenverzeichnis. Was will, so frage ich, dieser Herr mit einem Adressbuch? Zudem mit einem, dessen jede Seite einen grossen Stempel "Kaffeehaus Excelsior" trägt? Der neue "Besitzer" von eigenen Gnaden, ka doch kaum einmal seinem Bruder Einblick in seinen Schatz gestatten, darf schon gar nicht einem Angestellten, falls er Kaufmann sein sollte, den Umgang mit dem Werk übertragen... und wenn es ein Angestellter oder Arbeiter ist, was treibt er mit solchem Nachschlagewerk, das er vielleicht einmal im ganzen Jahre benötigt? Erklärlicher ist schon der Fall mit dem abgeschnittenen Telephonhörer, der gleichfalls aus dem dichtbesetzten Kaffeehaus verschwand. In der Telephonzelle allein, kann ein Böswilliger mit Leichtigkeit die notwendige Manipulation vornehmen. Vielleicht war es ein Geiziger, denn nötig hat es ein Telephonbesitzer doch schliesslich nicht, sich auf si gefährliche Weise einen Vermögensvorteil zu verschaffen....

Bestecke, Salzfässer, silberne Milchtöpfchen, die massenhaft verschwinden, sind schliesslich Gebrauchsgegenstände. Der gewerbsmässige Dieb kann alles gebrauchen. Oft scheint er seinen Spass daran zu haben, die schwierigsten Sachen "an den Mann zu bringen". Aus einem Ballhaus in St. Pauli, dessen Saaltür für probende Artisten auch am Tage geöffnet sein muss, sind vor einiger Zeit nach und nach weit über 100 Stühle und einige Dutzend Tische abtransportiert und nie wieder gefunden worden. Wer weiss, vielleicht sind die Herren Gauner gar offiziell mit Pferd und Wagen gekommen - denn Dreistigkeit ist der sicherste Schutz gegen Verdacht! Man erzählte mir auch von erstaunlichen Warenhausdiebstählen. Eine einfach gekleidete Frau hat es fertig gebracht, einen Ballen Seide von mehr als 20 m Länge unter den Augen der Verkäufer unbemerkt abzuwickeln und in ihrem weiten Mantelärmel davonzutragen. Kurioserscheint es dann wieder, wenn einem Konditor beim Kuchenverkauf für 2 Mark ein Kunde durch den kleinen Spalt zwischen Glas und Marmor vom Auslagetische eine Tafel Schokolade entwendete.

Diebstähle aus Vergnügen an der Spannung des Augenblicks, ohne Rücksicht auf den Wert oder Unwert des Objektes scheinen eine reichlich verbreitete und sicher unerfreuliche Passion zu sein - nun, Wilhelm Busch und andere Philosophen nennen ja auch den Menschen das lächerlichste Geschöpf im grossen Tierreich Gottes.

Walter Anatole Persich.

SPD. Menschen- und Tierschädel.^x Bei den Menschen ist die Fläche des Gehirnschädels im Verhältnis zu der des Gesichtsschädels sehr viel grösser als bei den Tieren. Das zeigen charakteristisch einige Zahlen. Beim Wildschwein beträgt die Fläche des Gehirnschädels im Vergleich zu der des Gesichtsschädels ungefähr 31 %, beim Schimpansen 73 %, beim Menschen dagegen nicht weniger als 261 %.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

28)

SPD. "...Angst? Ist das meine Strafe? Herr Jesus! Ich rufe zu dir! Wenn du mich nicht aus der Hölle der Furcht erlösen willst, so sende mir wenigstens Schlaf, o Herr, lass mich doch schlafen!"

Die Stimme erstarb; er lag, die Hände fest vor das Gesicht gedrückt, zitter da.

Nur ganz leise flüsterte er: "Erhöre mich, Herr Jesus, erhöre mich, du, zu dem ich bete!"

Er glaubte eine sanfte und zarte Antwort auf sein Gebet zu vernehmen; ein tiefer schmerzhafter Friede begann ihn zu erfüllen, so dass sich das Zittern seines Körpers in ekstatischer Weichheit verlor.... Die namenlosen Aengste brannten nicht mehr durch seine Glieder, die Bäume, die ihn umgaben, bargen keine Schreckgestalten mehr, die er zwar nicht gesehen, aber mit allen Nerven gespürt hatte, in der Luft erklangen keine raunenden, geisterhaften, kehligen, grässlichen Stimmen, die in seltsamer grauenvoller Sprache von Qual und Tod zu ihm geredet.... von Qualen, Qualen, Qualen, die ihn vor dem Tode erwarteten.....

Die Bilder der Toten, Pearsons, Browns und Hales, waren vor seinen Augen verschwunden; er sah den Unteroffizier nicht länger, wie er im Mondschein quer über der Schwelle gelegen hatte und das Blut aus der geöffneten Wunde über den silbernen Sand geflossen war. Endlich, nach vielen Tagen, hatte er zum erstenmal keine Furcht mehr, sondern fühlte sich rein, sicher und freiganz, ganz licht. Nun würde auch, nach seiner Ablösung, der lange, stärkende, ungestörte Schlaf kommen....

Die Hände fielen ihm kraftlos vom Gesicht und lagen blass im fließenden Mondlicht vor ihm. Als er sie ansah, schlossen sich seine Augen, sein Kopf senkte sich auf sie und den Karabinerlauf neben ihnen nieder. Er schlief.

Aber draussen in der Wüste vor ihm bewegte sich etwas. Etwas, länger, dunkler, fester als der Schatten, aus dem es aufgetaucht war, kroch auf die Oase zu und blieb alle hundert Meter vorsichtig liegen, als erwarte es eine Antwort auf sein Tun... und keine kam. Zwischen den Bäumen schlief Sanders; tiefer Frieden lag auf dem mageren, abgekehrten Antlitz.

Immer näher pirschte sich der kriechende feste Schatten heraus, so nahe, dass, hätte Sanders die Augen geöffnet, er gesehen haben müsste, wie hinter dem dunklen Dinge etwas Plumpes, im Mondschein glänzendes, weisses mit komischen Sprüngen heranschwankte.

Nun hörte die Bewegung auf, höchstens zehn Meter vom Abhang entfernt; minutenlang blieb alles ruhig, dann regte es sich von neuem - aber in anderer Weise.

Sanders Kopf wackelte auf seinen Händen hin und her, lag wieder still, rollte ein wenig und wurde erhoben. Im nächsten Moment war der Mann völlig wach; von irgendwoher war ihm plötzlich zum Bewusstsein gekommen, dass seine Augen gebraucht würden.

Am Fuss des Hügels sah er zwei weisse Flecken und einen festen Schatten, der keiner war; sogleich erfüllte ihn wieder die irrsinnige, alte Angst.

Schlotternd versuchte er, den Karabiner anzulegen, und schoss wild darauflos, bis das Magazin geleert war. Der feste Schatten erhob sich und wurde zur Gestalt eines dunkel gekleideten Mannes, der sich umdrehte und fortlief, während sein Kaftan flatternd hinter ihm herwallte. Er rannte nicht geradeaus, sondern in regelmässigen, immer grösser werdenden Zickzacklinien.

Sanders hin und her fliegende Hand bemühte sich vergeblich, einen neuen Rahmen, den er brauchte, aus der Patronentasche zu nehmen... der Knopf der Tasche schien festzusitzen wie ein Keil.

Als die Schüsse ertönten, machte sich Morelli gerade zur Ablösung fertig; das scharfe Krachen brachte ihn mit einem Satz auf die Füße. "Raus," brüllte er, ergriff den Karabiner und raste durch die Bäume; kaum war er am Westrand angekommen, als er sich hinwarf und die Wüste vor den Augen absuchte. Er sah den Laufenden, der jetzt etwa die Hälfte der Entfernung bis zu dem Schatten zurückgelegt hatte, von dem er ausgegangen war.

Er legte an und folgte mit dem Lauf stetig den Sprüngen und Winkeln des Flihenden.

"Verrecken sollst du", sagte er leise, als er sorgfältig einige Fuss rechts von der springenden Gestalt Zielpunkt nahm und abdrückte. "Hallo! Den Hund hab ich", rief er, denn der Läufer hatte sich taumeln um sich selbst gedreht und war gestürzt. Nun lag er als Fleck auf dem Sand.

Mit dumpfen Schritten kam der Sergeant und Abelson zwar gestiefelt, aber nackt bis zum Gürtel durch die Bäume, sie trugen die Karabiner in der Hand und reichlich Munition in den gefüllten Patronengurten quer über der nackten Brust.

Der Sergeant legte sich dicht neben Morelli hin, Abelson streckte sich etwa weiter rechts zwischen Morelli und dem unsichtbaren Sanders nieder.

"Was ist los", fragte der Sergeant und sah hinaus. Er erblickte den schwarzen, etwa zweihundert Meter entfernten Fleck und nickte. "Gut! Sind noch mehr von der Bande da?"

"Ich habe keine weiter gesehen", antwortete Morelli leise. "Wie hat denn überhaupt die ganze Sache angefangen?"

Rechts entlud sich Sanders' Karabiner; endlich hatten seine zitternden Finger wieder laden können, nun feuerte er blindlings los.

"Was zum Teufel"....Der Sergeant sprang auf, rannte durch das Gebüsch und stiess auf Sanders, der gerade einen zweiten Rahmen verschoss. Er liess sich neben ihn fallen und legte ihm die Hand auf den schwankenden Arm. "Worauf schiessen Sie eigentlich," fragte er, "wo sind sie denn?"

Sanders wandte ihm sein Gesicht zu, dessen Ausdruck ihn auffahren liess; sein Helm war heruntergefallen. und kein Schatten konnte in dem die Baumkronen durchdringenden Mondlicht die halbgeschlossenen Augen, die geöffneten, in den Ecken speichelbedeckten Lippen, die deutlichen Anzeichen einer halbidiotischen Angst verbergen.

Der Sergeant sah weg. "Was passierte zuerst?" fragte er scharf.

Er bekam keine Antwort und wartete auch keine ab, denn er hatte die beiden weissen Dinge am Fuss des Abhanges entdeckt. Er zog die Luft scharf durch die Zähne, trat ganz nahe an den Hügelrand und sah hinunter.

"Allmächtiger Gott", sagte er mit gepresster Stimme, die er gleich darauf erhob. "Morelli! Abelson!" rief er.

Die Gerufenen kamen eilig heran, folgten seiner weisenden Hand mit den Blicken und atmeten schwer....

"Es sind Engländer", flüsterte Morelli.

Abelson beugte sich tiefer und brach plötzlich in ein völlig hysterisches Gelächter aus. "Du dämlicher Hund!" schrie er, "es ist Jock und der Maat!"

Ein schmerzendes Schweigen entstand, bis endlich der Sergeant sagte: "So....können wir sie nicht liegenlassen."

"Wir wollen sie holen...er und ich." Abelson deutete mit dem Daumen auf Morelli.

"Nein", entgegnete der Sergeant, "einer ist genug, Sie bleiben mit Morelli hier, und wenn Sie irgend etwas Verdächtiges bemerken, schiessen Sie auf Teufel komm raus. Ich biete nicht viel Ziel, und es wird höchstens eine halbe Minute dauern."

Er warf den Patronengurt ab und ruschte den Abhang hinunter.

(Fortsetzung folgt.)